

ZUKUNFT

DIE DISKUSSIONSZEITSCHRIFT FÜR POLITIK, GESELLSCHAFT UND KULTUR

Brecht mit den Eliten!

Jeremy Corbyn

Ein Neuanfang

Maria Maltschnig

Kein Weihnachtsmärchen:

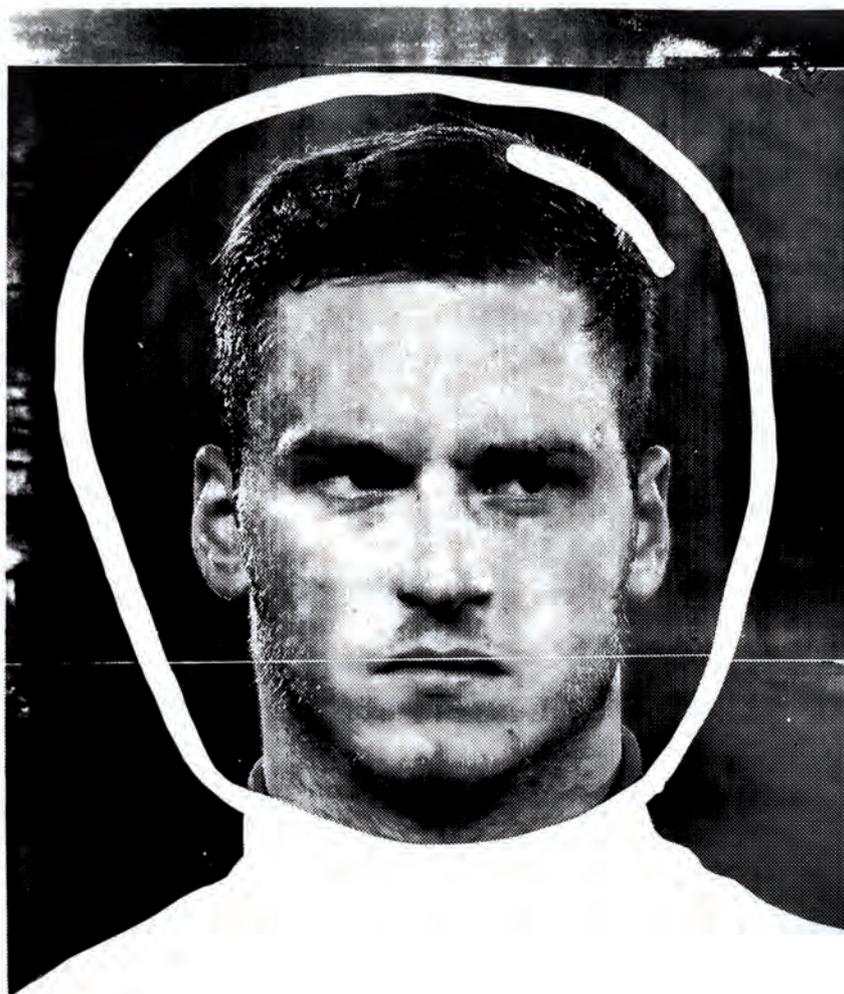
Armut und Kinderarmut

in Österreich

Manuela Wade

(Un-)Gleichzeitigkeit urhe-
berrechtlicher Umwälzungen

Leonhard Dobusch



ASPRO
NAUTO
VIC.

DIE DEUTSCHEN, JA DIE KOMBINIEREN HALT GUT,
ABER DAS SCHÖNE FUSSBALL DAS BRINGT NIX.



100 BESTE
PLAKATE

MAK

PLUS Akzente.

EDITORIAL

Die Bundespräsidentenwahlen sind geschlagen; das überraschend klare Ergebnis lässt mehrere Schlüsse zu. Der wichtigste zuerst: Zum dritten Mal innerhalb eines Jahres ist die FPÖ zur Machtübernahme angetreten, zum dritten Mal ist sie damit nach der ersten Stichwahl und der Wiener Gemeinderatswahl gescheitert. Der nicht zu stoppende Siegeslauf der FPÖ sollte endlich als das erkannt werden, was es ist: ein Mythos. Alles okay also? Keineswegs. 46% für einen FPÖ-Kandidaten sowie die besonders guten Ergebnisse in ehemaligen ÖVP- und SPÖ-Hochburgen in Oberösterreich und der Steiermark sind mehr als gute Gründe, nicht zu glauben, so weitermachen zu können wie bisher. Aber eine zweite Lehre hält der Blick auf das Wiener Landesergebnis bereit. Dort hat sich Bürgermeister Michael Häupl deutlich für VdB und gegen die FPÖ in die Bresche geworfen – und damit zur 2/3-Mehrheit in Wien beigetragen. Es gibt vieles, was politisch in Wien (und ganz Österreich) aktuell nicht so funktioniert, wie es sollte. Das einzige, was offensichtlich funktioniert, ist die klare inhaltliche Abgrenzung zur FPÖ. Wer – mit Recht – verlangt, dass sich etwas ändert, sollte also nicht unbedingt damit beginnen, das mit Abstand stärkste verbliebene Wahlmotiv für SPÖ-WählerInnen zu zerstören. Es gibt genug damit zu tun, neue hinzuzufügen.

An der Spitze dieser Ausgabe steht ein Beitrag von **Maria Maltschnig: Die neue Direktorin des Renner-Instituts** skizziert ihre Pläne für das im November übernommene Haus.

Mit einer (selbst-)kritischen Intervention zur **Politik und Strategie der Sozialdemokratie im Kampf** gegen das europaweite Erstarken des **Rechtspopulismus** ist **Jeremy Corbyn** Anfang Dezember beim Rat der SPÖ aufgefallen. Wir dokumentieren seine Prager Rede.

Kein Weihnachtsmärchen ortet **Manuela Wade** in ihrer **Analyse von Armut und Kinderarmut in Österreich**. Mit Fakten und Argumenten stellt sie die Ist-Lage dar und räumt mit einigen Mythen rund um die Mindestsicherungsdebatte auf.

Laut Medienberichten nimmt sich die SPÖ ein Jahr mehr Zeit für die Entwicklung des neuen Parteiprogrammes. Die

ZUKUNFT wird diesen Prozess aktiv begleiten und versuchen, die Debatte mit zahlreichen inhaltlichen Beiträgen zu Schlüsselfragen unserer Zeit zu befeuern.

In dieser Ausgabe analysiert **Ludwig Dvořák** die einmalige **praktische Bedeutung** des neuen Programms. Statt einer Sammlung mehr oder weniger gelungener Einzelmaßnahmen sei eine klare, **visionäre Handlungsanleitung** zur Verteidigung der politischen und der Durchsetzung der sozialen Demokratie gefragt.

Leonhard Dobusch geht in seinem Beitrag inhaltlich auf **die Bedeutung des geistigen Eigentums in den gegenwärtigen Produktionsverhältnissen** ein. Wie sieht eine sinnvolle **sozialdemokratische Positionierung** in dieser Frage aus und was ist zu tun, damit die gegenwärtige Regulierung geistigen Eigentums Macht- und Eigentumsverhältnisse nicht noch stärker zu Gunsten der Wenigen verschiebt?

Ewald Walterskirchen untersucht anlässlich des 150. Geburtstags von Ferdinand **Hanusch** Entwicklungen und Perspektiven des **Sozialstaats in Österreich**.

Manfred Lang bespricht das neue Buch von **Thomas Nowotny, Fabian Steinschaden** das prämierte Werk der Friedenspreisträgerin des Deutschen Buchhandels, **Carolin Emcke**.

Irene Mozart rüttelt nach den Buchtipps mit ihrem **Schlusswort** auf, wie wichtig 2017 angesichts des Trumpf-Erfolgs ein grundlegender Kurswechsel in der europäischen Wirtschaftspolitik sein wird, um Demokratie und Menschenrechte zu wahren.

Mit den besten Wünschen zum Jahreswechsel und für eine spannende Lektüre!

LUDWIG DVOŘÁK
Gf. Chefredakteur

Inhalt



Grafik: Stefan Joch, Atelier: ZWUPP
Astronautovic, Auftraggeber: Eigenauftrag
Druck: Viadukt Screen Prints, Wien. Drucktechnik: Siebdruck
Österreich © ZWUPP/100 Beste Plakate e. V.

6 Ein Neuanfang

VON MARIA MALTSCHNIG

10 Brecht mit den Eliten!

VON JEREMY CORBYN

14 Kein Weihnachtsmärchen: Armut und Kinderarmut in Österreich

VON MANUELA WADE

Beiträge zur Programmdebatte

20 Parteiprogramm – wozu?

VON LUDWIG DVOŘÁK

24 (Un-)Gleichzeitigkeit urheberrechtlicher Umwälzungen

VON LEONHARD DOBUSCH

30 Der Sozialstaat In Österreich

VON EWALD WALTERSKIRCHEN

36 Projekt Sozialdemokratie

VON MANFRED LANG

38 Die Verteidigung des Bunten

VON FABIAN STEINSHADEN

40 Buchtipps

Sachliches & Belletristisches

42 It's Inequality, Stupid

SCHLUSSWORT VON IRENE MOZART

Ein Neuanfang

Seit November 2016 hat das Dr.-Karl-Renner-Institut eine neue Direktorin. Für die ZUKUNFT skizziert Maria Maltchnig ihre Pläne für die Akademie der SPÖ.

Der Rechtsträger muss (...) das Ziel verfolgen, im Sinne der Grundsätze der Bundesverfassung, die politische und kulturelle Bildung sowie die Einsichten in politische, wirtschaftliche, rechtliche und gesellschaftliche Zusammenhänge auf innerstaatlicher und internationaler Ebene unmittelbar und in gemeinnütziger Weise zu fördern, insbesondere durch Schulungen, Seminare, Enqueten, Vorträge, Arbeitsgruppen, Fernkurse, Stipendien und Publikationen...¹

Der Gesetzgeber räumt den Parteiakademien einen weiten Spielraum für ihre Aktivitäten ein. Dementsprechend unterschiedlich positionieren sich diese auch. Die Politische Akademie der ÖVP bietet inhaltliche und technische Seminare an und konzentriert sich bei ihren Veranstaltungen auf Schwerpunktthemen – zuletzt »Sozialstaat neu denken«, während sich das Freiheitliche Bildungsinstitut hauptsächlich damit beschäftigt, ihren Mitgliedern »Freiheitliche Ideengeschichte« näherzubringen oder Seminare zu Themen wie »Christenverfolgung im 21. Jahrhundert« oder »Wie kaputt ist unser Bundesheer« anzubieten.² Während die Grünen Bildungswerkstatt einen starken Fokus auf öffentliche Veranstaltungen legt, erarbeitet das NEOS Lab seine Inhalte mittels Themengruppen und transportiert diese über die professionellste Öffentlichkeitsarbeit unter den Parteiakademien.

Das Karl-Renner-Institut fokussierte sich zuletzt hauptsächlich auf die Ausbildung der Parteimitglieder, mit einem Schwerpunkt auf die Vermittlung des politischen Werkzeugs, und im Bereich Veranstaltungen und Netzwerk auf die europäische und internationale Arbeit. Karl Duffek, ein großer Intellektueller, der auch vielen LeserInnen der ZUKUNFT bekannt war, leitete das Institut seit 1999, bis er im August dieses Jahres plötzlich verstarb, weshalb eine Neubesetzung des Direktoriums notwendig wurde. Ein neuer Anfang bedeutet für eine Organisation auch die Chance, sich grundsätzlich neu

auszurichten – auf Bewährtem aufzubauen und neue Akzente zu setzen.

Es stellt sich grundsätzlich die Frage, welche Rolle eine Parteiakademie spielen kann und welche Anforderungen sie erfüllen muss. Und vor allem: Wie die Arbeitsschwerpunkte ausgerichtet sein müssen, um den sich ändernden gesellschaftlichen Rahmenbedingungen gerecht zu werden. Auch wenn die ÖsterreicherInnen Alexander Van der Bellen schlussendlich dann doch sehr deutlich zum Bundespräsidenten gewählt haben, darf man nicht vergessen, dass die Welt gerade von einer reaktionären Welle erfasst wird, die nicht nur in Europa die RechtspopulistInnen massiv stärkt und möglicherweise bald in nationale Regierungen hievt, sondern auch in Teilen von Nord- und Südamerika und Asien um sich greift. Vermögensverteilung, Identitätspolitik, Teilhabe und Zusammenleben, Soziale Sicherheit, Digitalisierung, Klimawandel und Umweltverschmutzung – das sind die Themen, die wir bearbeiten müssen, um unserer Zeit gerecht zu werden. Dazu kommt eine sich radikal verändernde Art politisch zu kommunizieren. Welchen Einfluss Onlinekampagnen auf die politische Stimmung haben, konnten wir in der Wahlkampagne, die hinter uns liegt, erleben.

Heruntergebrochen auf die Anforderungen an eine Parteiakademie ergeben sich für das Karl-Renner-Institut folgende Ableitungen:

Das Ausbildungsangebot muss gezielt an die aktuellen Anforderungen angepasst werden.

Die Funktionsfähigkeit einer Partei ist maßgeblich abhängig von ihrer Kampagnenfähigkeit. Dafür reichen kluge StrategInnen in der Bundesgeschäftsstelle nicht aus, wir brauchen alle Parteistrukturen um die Menschen zu überzeugen,

zu motivieren, zu mobilisieren. Dafür braucht es organisatorisches Verständnis und breites Wissen über die politischen Inhalte. Der Umgang mit Echokammern und Meinungsblasen im Netz wird für unsere Arbeit immer bedeutender. Unter anderem dafür sollen MultiplikatorInnen zu ExpertInnen in der digitalen Kommunikation ausgebildet werden, so dass sie ihr Wissen auch an andere politisch aktive in ihren jeweiligen Strukturen weitergeben können.

Das Renner-Institut soll eine Scharnierfunktion ausüben – sowohl zwischen den Parteimitgliedern als auch zwischen der SPÖ und Menschen aus anderen Zusammenhängen, die unsere Werte mittragen.

Vor kurzem verbrachten die TeilnehmerInnen der Kärntner Nachwuchsakademie ein Wochenende in Wien, wo sie unter anderem mit den TeilnehmerInnen der Wiener Parteischule zusammentrafen. Das ist ein gutes Beispiel dafür, wie es gelingen kann, dass AktivistInnen in Ortsparteien, Sektionen, Bezirksparteien und Vorfeldorganisationen über die Bildungseinrichtungen die Möglichkeit bekommen, voneinander zu lernen und Einblicke in die unterschiedlichen regionalen Realitäten zu bekommen. Darüber hinaus ist es für das Renner-Institut möglich, jene Menschen und Initiativen anzusprechen, die nicht formell Teil der SPÖ sind, aber bereit sind, das berühmte »Stück des Weges« mit uns zu gehen.

Das Renner-Institut ist eine Plattform für die politische Debatte – WissenschaftlerInnen, PolitikerInnen und interessierte BürgerInnen haben hier die Möglichkeit sich auszutauschen.

Am 16. November wurde der Kurt-Rothschild-Preis für Wirtschaftspublizistik vergeben – ein Kooperationsprojekt zwischen dem SPÖ-Parlamentsklub und dem Karl-Renner-Institut. Hauptpreisträger war der deutsche Ökonom Peter Bofinger, der sich wortgewaltig gegen den ökonomischen Gürtel-enger-schnallen-Mainstream stellt. Etwas untergegangen ist, dass auch eine ganze Reihe von jungen österreichischen ÖkonomInnen dafür ausgezeichnet wurden, dass sie eigene wissenschaftliche Erkenntnisse für die breite Öffentlichkeit übersetzt haben. Genau das ist eine der Aufgaben des Renner-Instituts – jene klugen Menschen zu finden, die ihr Wissen und ihre Energie dafür aufwenden, der Gesellschaft eine solidarische und gerechte Perspektive zu geben, und sie vor den Vorhang zu holen.

Das Renner-Institut soll politische Inhalte entwickeln und damit die öffentliche Debatte mitgestalten.

Der größte CO₂-Emittent der Welt wird zumindest in den nächsten vier Jahren einen Präsidenten haben, der den Klimawandel für eine Erfindung hält. Wir wissen, dass steigende Temperaturen und Umweltverschmutzung hauptsächlich jene trifft, die dem sommerlichen Wiener Backofen nicht in das Waldviertler Wochenendhaus entfliehen können. Oder jene, die in schlechten Wohnungen an den befahrenen Straßen wohnen. Wir wissen aber auch, dass höhere Verbrauchssteuern (zum Beispiel auf Treibstoff) jene, die weniger verdienen, stärker belasten als die Gutverdienenden. Einen sozialdemokratischen Zugang zur Umweltpolitik erarbeiten –, dass das Renner-Institut ein geeigneter Ort dafür ist, liegt auf der Hand. Oder das Thema Rechtspopulismus: Wie können wir SozialdemokratInnen die Menschen davon überzeugen, dass wir es sind, die wirklich um ein gutes Leben für alle kämpfen?

Es gibt eine ganze Reihe engagierter JungakademikerInnen, die sich trotz harten Wettbewerbs ihren Platz an den Universitäten im In- und Ausland erarbeitet haben und an Fragestellungen arbeiten, die nicht nur für die Wissenschaft relevant sind, sondern einen Beitrag für eine bessere Gesellschaft leisten können. Diese Köpfe brauchen wir. Unsere Aufgabe ist es, ihre Arbeit in konkrete Politikempfehlungen zu übersetzen und weiterzugeben. Damit diese wirken können, brauchen wir eine effektive Form der Kommunikation. Das Renner-Institut hat kürzlich eine neue Publikationsreihe gestartet – »Politik Aktuell« soll auf wenigen Seiten Analysen, Informationen und Debattenbeiträgen zu aktuellen politischen Themen liefern. Die Reichweite und damit die Wirkung eines solchen Mediums sind überschaubar, es muss viele solcher Initiativen geben. Eine davon ist die ZUKUNFT. Auf gute Zusammenarbeit! 

MARIA MALTSCHNIG

ist Direktorin des Dr.Karl-Renner-Instituts.

1. Publizistikförderungsgesetz, § 1 (1)
2. http://www.fpoe-bildungsinstitut.at/documents/10180/56254/Seminarprogramm_1.HJ_16.pdf/f40d4126-842c-4353-80fb-b545e3006f7b

100 BESTE PLAKATE

MAK

Typografische Experimente, schrill-schreiende Bildkompositionen, sowie Fotomontagen und Collagen ergeben die stilistische Vielfalt an Plakaten, die im Rahmen der MAK-Ausstellung »100 BESTE PLAKATE 15. Deutschland Österreich Schweiz« im MAK-Kunstblättersaal präsentiert wird. Die 100 Siegerprojekte des beliebten deutschsprachigen Grafikdesignwettbewerbs beweisen auch heuer wieder die Lebendigkeit des Mediums Plakat, das sich in einer digital vernetzten Welt mit immer kurzlebigeren Inhalten jedes Jahr neu erfindet.

MAK – Österreichisches Museum für angewandte Kunst
Bis 5. Februar 2017

Stubenring 5, 1010 Wien
www.mak.at

Zwickl **Formen des Widerstands**
Schwandorfer Dokumentarfilmtage
19.–27. September 2015
Altes Metropolkino/Blumen Heinz

 **Große Kreisstadt
Schwandorf**

 **BLUMEN
HEINZ** Mittelbayerische

 **Sparkasse HORSCH**
WIRTSCHAFTSUNIVERSITÄT

 **STADT AMTBERG**
WIRTSCHAFTSUNIVERSITÄT

 **Druckmüller**
STERN

 **Kino-Center Mitternachts**
WIRTSCHAFTSUNIVERSITÄT

**Nähere Informationen unter www.2wickl.de oder
im Tourismusbüro Schwandorf 09431/45550**

Brecht mit den Eliten!

Vom 1. bis 3.12.2016 tagte der Rat der Sozialdemokratischen Partei Europas (SPE) in Prag. Unter den üblichen Kongress-Ritualen stach der Debattenbeitrag von Labour-Parteichef Jeremy Corbyn hervor. Er analysierte das Erstarken der extremen Rechten in Europa und wie die Sozialdemokratie damit umgehen müsse. Dabei knüpfte er am deutlichsten an der Kritik der bestehenden Zustände an, wie sie auch SPÖ-Parteivorsitzender Christian Kern im Herbst in seinem in Österreich vieldiskutierten FAZ-Artikel geäußert hat. Wir dokumentieren hier die schriftliche Fassung von Corbys Rede.

Liebe Genossinnen und Genossen, vielen Dank für die Einladung, heute hier zu sprechen und für den herzlichen Empfang durch unsere Gastgeber in dieser großartigen Stadt.

Es passt gut, dass wir hier in Prag die vor uns liegenden Herausforderungen für die Demokratie in Europa diskutieren. Es ist eine Stadt, die im Zentrum der Geschichte unseres Kontinents und den Erschütterungen des vergangenen Jahrhunderts – von Krieg, Revolution und dem Kampf für Demokratie und soziale Gerechtigkeit – steht. Wir befinden uns in einer Stadt, die auch die Geißel der Nazi-Herrschaft und die Schrecken ihrer Verbrechen ertragen musste.

Ich werde heute noch die Gedenkstätte Theresienstadt besuchen, die hier in der Tschechischen Republik den Opfern der Nazi-Verfolgung gedenkt und eine beständige Mahnung ist, welche enorme Bedrohung die extreme Rechte, Antisemitismus und rassistische Sündenbocksuche wirklich darstellen. Im Namen der britischen Labour Party werde ich den Toten gedenken, deren Leid uns nicht nur hier in diesem Land, nicht nur in Europa, sondern in der ganzen Welt an die Schrecken rechtsradikaler Politik erinnert.

Wir leben heute in einer anderen Zeit, mit anderen Bedrohungen und anderen Möglichkeiten. Aber es ist offensichtlich, dass wir quer durch Europa und auch darüber hinaus einen bedrohlich rasanten Aufstieg der Rechtspopulisten erleben, ob sie jetzt UKIP in Großbritannien, Donald Trump in den USA, Jobbik in Ungarn oder Le Pen und Front National in Frankreich heißen.

Das politische System wird rund um die Welt dadurch erschüttert. Als SozialistInnen und Progressive wissen wir sehr gut, warum die populistische Rechte an Terrain gewinnt. Aber wir tun uns zunehmend schwer, unserer Botschaft Gehör zu verschaffen. Es liegt an uns, politisches Leadership zu zeigen, das es für eine echte Alternative braucht.

Wir wissen, dass die Schere zwischen Arm und Reich aufgeht. Wir wissen, dass der Lebensstandard stagniert oder sogar fällt und die Unsicherheit wächst. Wir wissen, dass sich viele Menschen angesichts von den durch die Globalisierung entfesselten Kräften zurückgelassen und machtlos gegenüber deregulierten Konzernen fühlen.

GEFÄHRLICHE SACKGASSEN

Oft spricht die populistische Rechte wichtige Probleme an, aber ihre Antworten führen in die gefährlichen Sackgassen der Vergangenheit, wovon sie mit ihrer spaltenden und hetzerischen Rhetorik ablenken wollen. Sie speisen ihr Wachstum aus den Sorgen und den sich verschlechternden Lebensbedingungen von Menschen. Sie haben keinen Plan, wie wir die Kontrolle über unser Leben von den selbstsüchtigen, mächtigen Eliten zurückgewinnen. Stattdessen attackieren sie die Schwächsten in unseren Ländern und machen sie für die Übel unserer Gesellschaft verantwortlich.

Ihr Sirenengesang wird solange erfolgreich sein, sie wird solange das bestehende Vakuum füllen, solange progressive Parteien und Bewegungen nicht mit dem gescheiterten wirtschaftlichen und politischen Establishment brechen. Es kann schwierig sein, einen Langzeitarbeitslosen davon zu überzeugen,

gen, dass der Grund für seine Arbeitslosigkeit nicht ein Migrant ist, der seinen Job stiehlt, sondern Ergebnis einer falschen Wirtschaftspolitik der Rechten, die nachhaltiges Wachstum, Sicherheit und steigende Lebensstandards verhindert. Es ist sicher auch herausfordernd, klarzustellen, dass unser Sozialsystem nicht unter zu hohen Ausgaben und Verschwendung, sondern unter jahrelanger Sparpolitik und rücksichtsloser Privatisierung leidet.

Aber wir können und dürfen unsere sozialistischen Prinzipien nicht deshalb über Bord werfen, weil uns manche sagen, nur so könnten wir Wahlen gewinnen. Denn das ist blanker Unsinn.

Der Grund dafür, dass wir heute Terrain an die Rechten verlieren liegt darin, dass unsere Botschaft, was Sozialismus eigentlich bedeutet und welche Relevanz das im täglichen Leben von Menschen hat von uns selbst jahrelang verwässert wurde. Viele Menschen verstehen einfach nicht mehr, wofür wir eigentlich stehen.

RADIKALE REFORMPOLITIK

Viel zu oft wurde die Linke in Europa als Pflichtverteidiger eines kaputten Systems wahrgenommen und nicht als Trägerin einer radikalen sozialen und wirtschaftlichen Reformpolitik für das 21. Jahrhundert. Viel zu oft wurde die Linke als Komplizin eines rücksichtslosen, entfesselten Kapitalismus wahrgenommen und nicht als seine Herausforderin. Viel zu oft ist die Linke für die privilegierten Wenigen eingestanden und nicht für die Vielen, für deren Vertretung und Verteidigung wir eigentlich existieren.

Wenn wir nur als Beschützer des status quo gesehen werden – wie können wir erwarten, dass sich die Menschen uns zuwenden, wenn sie erkennen, dass etwas schief läuft in unserem System?

Wir müssen für wirklichen Wandel stehen, für einen Bruch mit der gescheiterten Eliten-Wirtschaft und der Politik der Eliten der Vergangenheit. Wenn wir das endlich tun, bin ich sicher, dass die Prinzipien von Solidarität, Internationalismus und Sozialismus, die Prinzipien für die wir stehen, die Prinzipien der europäischen Politik des 21. Jahrhunderts sein werden.

Deshalb ist es auch so entscheidend, dass wir mit unserer Rhetorik die Sündenbockpolitik gegen Flüchtlinge und Ar-

beitsmigrantInnen nicht legitimieren dürfen. Wenn wir über Flüchtlinge sprechen, dann müssen wir über Menschen sprechen, nicht über Zahlen, nicht über Höchstgrenzen, Wellen und Ströme, sondern über Kinder, Mütter, Väter, Söhne und Töchter. Angesichts der Herausforderungen der Migration ist unsere wichtigste Aufgabe die Ausbeutung von ArbeitsmigrantInnen und damit Lohndumping und das Unterlaufen arbeitsrechtlicher Bestimmungen, eine soziale Spirale nach unten, zu stoppen. Wir dürfen nicht zulassen, dass die Parteien der Rechten Spaltung betreiben und die Flammen der Furcht anfachen.

BREXIT-VERHANDLUNGEN

Um hier auch auf das britische Referendum über den Austritt aus der Europäischen Union zu sprechen zu kommen: Die Labour Party respektiert die Entscheidung der WählerInnen, auch wenn wir uns ein anderes Ergebnis gewünscht hätten. Wir wollen mit sozialistischen und progressiven Parteien in ganz Europa zusammenarbeiten, um in den Brexit-Verhandlungen die bestmöglichen Lösungen für Großbritannien und die EU zu finden. Labour verlangt von unserer Regierung, die Rechte aller EU-BürgerInnen bereits vor der Einleitung der Austrittsverhandlungen zu garantieren und diese nicht als Verhandlungsmasse zu missbrauchen. Wir setzen uns dafür ein, dass die Brexit-Verhandlungen transparent und in einem Geist der Kooperation geführt werden, um zu einem Ergebnis zu kommen, das für uns alle funktioniert. Aus diesem Grund lade ich im Februar 2017 die Parteiführer der sozialistischen und progressiven Parteien und Bewegungen aus ganz Europa zu einer Sonderkonferenz nach London ein.

Ich bin überzeugt, dass unsere Bewegung, die neuen Ideen hat, die es braucht, um den Kampf mit der populistischen Rechten aufzunehmen und zu gewinnen. Aber wir müssen diese Ideen und die Energie, die wir brauchen, gezielt stärken. Wir müssen in unseren Parteien Freiräume schaffen, damit diese Ideen auch gehört werden und wir müssen eine Bewegung mit einer wirklich demokratischen Kultur aufbauen.

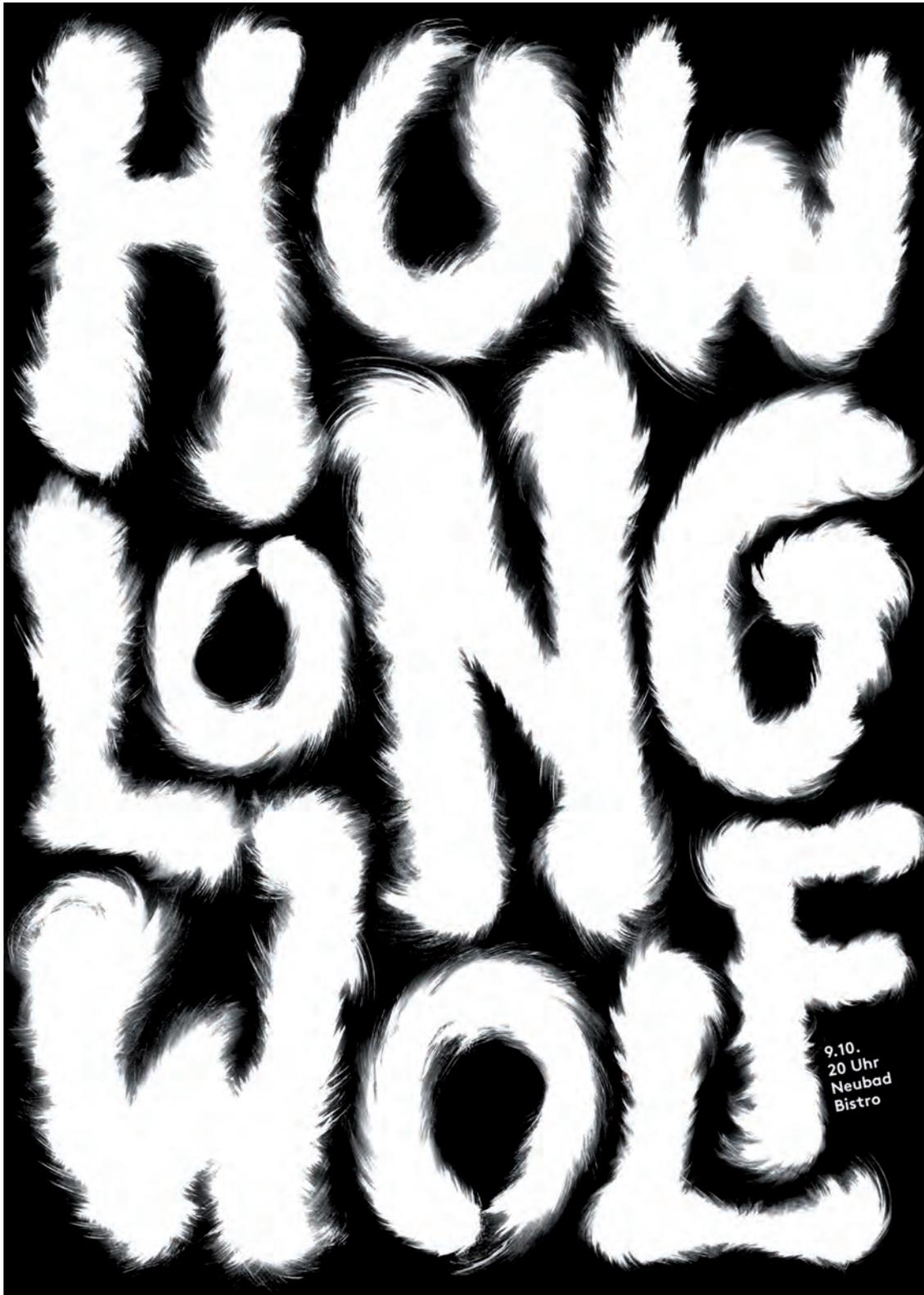
Der Raum für rechte Sündenbock-Politik öffnet sich dann, wenn die Menschen das Vertrauen in die Politik und deren Fähigkeit verliert, das Leben der Menschen zu verbessern. Unsere Herausforderung ist inzwischen noch viel größer: Wir müssen nicht nur das Vertrauen der Menschen in unsere Visionen wiederherstellen, sondern auch darin, dass wir das Leben der Menschen, die wir zu vertreten haben, verstehen und es verbessern werden.

JETZT!

Zum Jahreswechsel haben viele Menschen große Sorgen, in welche Richtung sich Europa 2017 entwickelt. Der Moment, den Umschwung zu schaffen ist: Jetzt! Jetzt müssen wir die Interessen der arbeitenden Menschen ins Zentrum rücken und für unsere Werte, für soziale Gerechtigkeit, Solidarität, Gleichheit und Internationalismus kämpfen! Wenn wir diesen Kampf zusammen führen, wenn wir mit der gescheiterten Politik der Vergangenheit brechen, dann werden wir auch die populistische Rechte besiegen können! 

JEREMY CORBYN

ist seit 2015 Vorsitzender der Labour Party und wurde im Sommer 2016 in seiner Funktion bestätigt. Mit aktuell rund 600.000 Mitgliedern hat sich die Mitgliederzahl der Partei seit 2015 verdreifacht, sie ist heute die mitgliederstärkste sozialdemokratische Partei Europas.



Grafik: Isabelle Mauchle
Howlong Wolf, Auftraggeber: Neubad, Luzern
Druck: Multi Reflex AG, Luzern.
Drucktechnik: Digitaldruck. Schweiz
© Isabelle Mauchle/100 Beste Plakate e. V.

Kein Weihnachtsmärchen: Armut und Kinderarmut in Österreich

Die Debatte über die Kürzung der Mindestsicherung hat vorwiegend unter Ausklammerung der Armutsverhältnisse in Österreich stattgefunden. Die Armutsexpertin Manuela Wade von der Volkshilfe Österreich, die aktuell gegen Kinderarmut kampagnisiert, zeigt dagegen die erschreckenden Fakten und Formen von Armut in Österreich auf und macht auf die Bedeutung der Mindestsicherung aufmerksam.

Es weihnachtet sehr in Österreich. Lichterketten erhellen die Straßen, Christkindlmärkte haben geöffnet, in den Geschäften erklingen Weihnachtslieder. Die Menschen sind auf Einkaufsstraßen unterwegs und kaufen Geschenke für ihre Angehörigen und FreundInnen. Denn unter den Weihnachtsbäumen soll es nicht leer bleiben. Alle? Nein, denn auch in einem reichen Land wie Österreich gibt es Menschen, die daran nicht teilnehmen können. Denn sie können es sich nicht leisten, Geschenke zu kaufen. Unter ihren Bäumen bleibt es leer. Denn sie sind arm oder armutsgefährdet. Und die betroffene Gruppe ist größer als manch eine/r von uns denken würde.

WAS BEDEUTET ARMUT IN ÖSTERREICH?

1,2 Millionen Menschen sind in Österreich armutsgefährdet. Das entspricht 14 Prozent der Bevölkerung. Nimmt man die Ausgrenzunggefährdung hinzu, erhöht sich ihre Anzahl auf 1,5 Millionen Menschen oder 18 Prozent der Bevölkerung. Wir sprechen in Zusammenhang mit Armut in Österreich von der sogenannten »relativen Armut«. Im Gegensatz zur absoluten Armut – die sich in Hunger und Obdachlosigkeit ausdrückt – wird relative Armut am allgemeinen Lebensstandard der jeweiligen Gesellschaft gemessen. Als arm gelten jene Menschen, denen es aus finanziellen Gründen nicht möglich ist, in Österreich übliche Güter zu erwerben bzw. zu konsumieren – und denen dadurch eine gesellschaftliche Teilhabe verwehrt bleibt. Der Vergleichsmaßstab für relative Armut ist das durchschnittliche Einkommensniveau, und wird als Armutsgefährdungsschwelle bezeichnet. EU-weit wird diese im Rahmen der EU-SILC-Erhebungen mit 60 Prozent des Median-Pro-Kopf-Haushaltseinkommens definiert. Für einen Einpersonenhaushalt beträgt die Armutsgefährdungsschwel-

le in Österreich laut EU-SILC 2015 13.956 Euro pro Jahr, das sind 1.163 Euro im Monat (Jahreszwölftel). Für Mehrpersonenhaushalte erhöht sich der Betrag um rund 582 Euro pro Erwachsenen bzw. um 349 Euro pro Kind. Für eine Alleinerzieherin mit einem Kind sind das beispielsweise 1.512 Euro, für eine aus zwei Erwachsenen und zwei Kindern bestehende Familie 2.442 Euro.

Armut hat viele Gesichter und kennt viele Erscheinungsformen. So sind vier Prozent der österreichischen Bevölkerung erheblich materiell depriviert. Das bedeutet, dass ihr Haushalt von zumindest vier der folgenden Einschränkungen betroffen ist: Zahlungsrückstände, unerwartete Ausgaben nicht leistbar, einmal im Jahr Urlaub nicht leistbar, Wohnung angemessen warm halten nicht leistbar, regelmäßig Fisch, Fleisch oder vergleichbar vegetarisch zu essen nicht leistbar, PKW nicht leistbar, Waschmaschine nicht leistbar, Fernseher nicht leistbar, Telefon oder Handy nicht leistbar. Weitere Daten vervollständigen dieses Bild und zeigen die Betroffenheit unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen: Während im Allgemeinen neun Prozent oder 774.000 Menschen in Österreich es sich nicht leisten können, einmal im Monat FreundInnen oder Verwandte zum Essen einzuladen, steigt dieser Prozentsatz bei armutsgefährdeten Menschen auf 21 Prozent. Unerwartete Ausgaben (z.B. Reparatur der Waschmaschine oder der Therme) können sich 23 Prozent der Gesamtbevölkerung nicht leisten, bei Armutsgefährdeten sind es über die Hälfte, bei Arbeitslosen gar 62 Prozent. Für 496.000 Menschen (sechs Prozent) ist es nicht möglich, neue Kleidung zu kaufen, wenn die alte abgetragen ist. 22 Prozent der Arbeitslosen und 14 Prozent der Armutsgefährdeten sind davon betroffen. Jede/r zehnte ÖsterreicherIn kann nicht einmal 15 EUR im Monat

sparen, für 728.000 Menschen ist es aus finanziellen Gründen nicht möglich, mit Kosten verbundene Freizeitaktivitäten regelmäßig auszuüben. Frauen sind von all diesen Einschränkungen in stärkerem Ausmaß betroffen als Männer, ihre Armutsgefährdung ist höher als jene der Männer.

ARMUT IST KEIN MÄRCHEN – AUCH NICHT FÜR KINDER

Über 300.000 der Armutsgefährdeten in Österreich sind Kinder und Jugendliche. Das Ausmaß der Kinderarmut liegt somit über dem Durchschnitt. Armutsgefährdet zu sein bedeutet für die Kinder unter anderem, in beengten Wohnverhältnissen zu leben und das Taschengeld für die Haushaltsausgaben sparen zu müssen, sich keine Vereinsmitgliedschaften leisten, keine FreundInnen zu sich einladen und selten oder nie auf Urlaub fahren zu können. Manifest arm oder mehrfach ausgegrenzt sind immerhin 120.000 Kinder und Jugendliche in Österreich. Für die Betroffenen bedeutet das noch zusätzlich, sich nicht ausgewogen ernähren, sich kaum neue Kleidung leisten oder die Wohnung nicht angemessen heizen zu können.

Daten zu Kinderarmut in Österreich verdeutlichen das Aufwachsen unter schwierigen Bedingungen: 180.000 leben in armutsgefährdeten Haushalten, die unerwartete Ausgaben (z.B. die Reparatur einer Waschmaschine oder eine Zahnbehandlung) nicht tätigen können, über ein Drittel lebt in Haushalten, in denen nicht einmal eine Woche Urlaub im Jahr leistbar ist, und jedes zehnte Kind lebt in einem Haushalt, für den es finanziell nicht möglich ist, regelmäßig Fleisch, Fisch oder eine vergleichbare vegetarische Speise zu essen. Zudem sind die Umweltbelastungen durch z.B. die Lage der Wohnung an Straßen mit hohem Verkehrsaufkommen höher (Lärm- und Luftbelastung), die Spiel- und Grünflächen oft geringer und ihre Eltern müssen überdurchschnittlich viel Geld fürs Wohnen ausgeben – obwohl die Wohnqualität zu meist schlechter ist. Kinder aus armutsgefährdeten Familien leben eher in Mietverhältnissen als in Eigentumswohnungen oder –häusern. Sie leben häufiger in dunklen und feuchten Wohnungen, in denen teilweise Heizungen oder Bäder fehlen – und in denen sie keinen Raum für sich haben, weder zum Lernen, noch zum Spielen. Ihre belastete Lebenssituation führt – unmittelbar oder zeitlich verzögert – zu gesundheitlichen Problemen: Arme oder armutsgefährdete Kinder haben bei ihrer Geburt ein geringes Geburtsgewicht, eine geringere Körpergröße bei Schuleintritt, sind häufiger in Unfälle verwickelt, klagen öfter über Bauch- oder Kopfschmerzen, weisen häufiger Entwicklungsverzögerungen auf und neigen eher zu

gesundheitsriskantem Verhalten wie ungesundem Essen, Rauchen oder wenig sportlichen Aktivitäten. Kinder und Jugendliche, die in Haushalten mit niedrigem Einkommen aufwachsen, können privat zu bezahlende notwendige Leistungen – wie Zahnarztbesuche, Therapiestunden oder Brillen – oft nicht in Anspruch nehmen. Der sozio-ökonomische Status ist hierbei ein stärkerer Indikator als beispielsweise der Migrationshintergrund. Auswirkungen früherer Entwicklungsrisiken bestehen bis in die späte Kindheit und ins Erwachsenenalter fort. Es lässt sich beispielsweise ein Zusammenhang zwischen materieller Deprivation im Kindesalter und Herz-Kreislauf- sowie Atemwegserkrankungen im mittleren und höheren Lebensalter herstellen. Arme Kinder von heute sind die chronisch kranken Erwachsenen von morgen.

Auch in Bezug auf Bildung zeigt sich die Auswirkung der Armutsgefährdung. Unterschiede lassen sich in der Frage des Zuganges zu kinderrelevanten und altersgerechten Büchern sowie in der Möglichkeit, Förderkurse, Unterstützung bei Legasthenie oder bezahlte Nachhilfe im Bedarfsfall zu bekommen. Viele Eltern können aber aus finanziellen Gründen keine Nachhilfe für ihre Kinder leisten. Jede zusätzlich nötige bzw. privat finanzierte Nachhilfe bedeutet somit eine weitere Benachteiligung für Kinder aus einkommensschwächeren Familien. Für den weiteren Bildungsweg der Kinder spielen wiederum der sozio-ökonomische Status und der Bildungsabschluss ihrer Eltern eine große Rolle: Aktuell gehen über 80 Prozent der 10- bis 14-jährigen Kinder aus armutsgefährdeten Haushalten in die Hauptschule oder in die Neue Mittelschule, nur rund 20 Prozent der Kinder aus Haushalten mit hohem Einkommen. All dies hat Auswirkungen auf ihre Zukunft, denn Bildung wird oft als zentrales Kriterium für eine Überwindung von Armutslagen genannt. Personen mit geringerer Ausbildung haben geringere Einkommen und sind dadurch häufiger von Armut betroffen. Über 20 Prozent der Personen mit maximal Pflichtschulabschluss gelten als armutsgefährdet, womit sie eine der Risikogruppen darstellen.

Armut ist also nicht nur relativ, sondern auch mehrdimensional. Sie ist nicht nur mit materiellen Entbehrungen verbunden, sondern grenzt die Betroffenen aus, schränkt ihre sozialen Kontakte ein, belastet sie gesundheitlich und erzeugt Scham. Viele versuchen, sie zu verbergen. Armut schließt von wesentlichen Teilhabemöglichkeiten in der Gesellschaft aus. Das »Gesicht der neuen Armut« zeigt sich hierbei besonders deutlich am Verzicht-Leisten als Dauerzustand, der keine zeitliche Begrenzung kennt. Ziel ist die Sicherung

von elementaren Bedürfnissen – alles, was darüber hinausgeht, wird zum Problem: Der Kühlschrank darf nicht kaputt werden, niemand darf krank werden, und die Schuhe müssen noch eine Weile halten. Und Armut in Österreich verfestigt sich: Mehr Menschen sind dauerhaft armutsgefährdet bzw. rutschen im Laufe ihres Lebens immer wieder unter die Armutsgefährdungsschwelle.

»WÄR ICH NICHT ARM, WÄRST DU NICHT REICH!« (B. BRECHT)

Kinderarmut steht in einem direkten Verhältnis zum Haushaltseinkommen der Familie. Wird im Elternhaushalt volle Erwerbstätigkeit erzielt, sind acht Prozent armutsgefährdet. Sind die Eltern nur teilweise erwerbstätig, ist das Risiko mehr als doppelt so hoch. Wenn beide Eltern arbeitslos sind, leben über die Hälfte der Kinder und Jugendlichen bis 19 Jahre unter der Armutsgefährdungsschwelle. Doch selbst vielen ArbeitnehmerInnen gerade im Niedriglohnbereich gelingt es trotz Erwerbstätigkeit nicht, die Armutsgefährdungsschwelle zu überschreiten. Besonders häufig von geringem Einkommen und Entbehrungen in vielen Lebensbereichen betroffen sind Haushalte mit mehr als drei Kindern, Ein-Eltern-Haushalte oder Haushalte ohne österreichische StaatsbürgerInnen. Es besteht also ein Zusammenhang zwischen dem Anteil an Erwerbstätigkeit und Armutslagen. Doch vor allem auf die Verteilung kommt es an.

Die Auswirkungen der Finanzkrise trafen arme Haushalte überproportional und wirken sich besonders auf das Einkommen aus. Gerade junge Menschen und Arme fallen immer mehr zurück. Studien zeigen aber, dass die mittleren und niedrigen Einkommen nicht erst seit der Finanzkrise 2008, sondern bereits seit den 1980er-Jahren stagnieren. Zudem ist Vermögen noch ungleicher verteilt als Einkommen. In Österreich erklärt sich die ökonomische Ungleichheit zu 20 Prozent aus Einkommensunterschieden – jedoch zu fast 40 Prozent aus Unterschieden in der Vermögensverteilung. Auch im internationalen Vergleich ist die Vermögenskonzentration in Österreich besonders hoch. Die reichsten fünf Prozent der Haushalte besitzen fast die Hälfte des Bruttovermögens, die ärmsten 50 Prozent weniger als vier Prozent. Im Durchschnitt haben diese Haushalte ein Bruttovermögen von 22.000 Euro, das ärmste Viertel gar nur eines unter 11.000 Euro. Bei den reichsten handelt es sich um durchschnittlich 2,6 Millionen Euro an Bruttovermögen pro Haushalt. Die meisten Menschen haben also wenig, nur wenige besitzen viel. Den meisten ÖsterreicherInnen ist bewusst, dass dieses Ungleichheits-

gewicht zu groß ist, was auch bereits empirisch belegt wurde. So zeigt eine Studie von Richard Wilkinson und Kate Pickett (2009), dass eine ungleiche ökonomische Verteilung negative Auswirkungen auf Gesundheit, Bildung, Sicherheit und das Zusammenleben hat – und zwar für die gesamte Gesellschaft: In ungleichen Gesellschaften haben die Menschen eine geringere Lebenserwartung und mehr psychische Erkrankungen. Sie weisen geringere Lese- und Schreibkompetenzen auf und haben niedrigere Bildungsabschlüsse. Die Kriminalitätsraten sind höher, die soziale Mobilität geringer. Es kommt vermehrt zu Mobbing, das gegenseitige Vertrauen ist geringer. Das wirkt sich natürlich auf den sozialen Zusammenhalt aus. Und besonders wichtig: Nicht ausschließlich armutsgefährdete Menschen sind betroffen, sondern alle Menschen einer Gesellschaft spüren die negativen Auswirkungen von ungleicher Vermögensverteilung!

ARMUT GEHT UNS ALLE AN!

In Österreich tragen sozialstaatliche Transferleistungen sowie Investitionen in soziale und öffentliche Infrastruktur dazu bei, Vermögensungleichheit teilweise auszugleichen. Vor Pensionen und Sozialleistungen würden 44 Prozent der Bevölkerung als armutsgefährdet gelten, vor Sozialleistungen (ohne Pensionen) noch immer 26 Prozent, nach Sozialleistungen sinkt die Anzahl der Armutsgefährdeten auf 14 Prozent. Somit reduzieren staatliche Transfer- und Versicherungsleistungen die Zahl der Armutsgefährdeten von rund 3,8 Millionen auf rund 1,2 Millionen und sichern dadurch Teilhabechancen für viele Menschen. Zudem schafft öffentliche Infrastruktur wie sozialer Wohnbau, ein öffentliches Schulsystem sowie eine flächendeckende Gesundheitsversorgung Lebensqualität.

Trotz ihrer armutsvermindernden Wirkungen geraten sozialstaatliche Maßnahmen und Leistungen immer mehr unter Druck – wie nicht zuletzt die Debatte um die bedarfsorientierte Mindestsicherung zeigt. Die Ausgaben für Mindestsicherung beliefen sich 2015 auf lediglich 0,8 Prozent der gesamten Sozialausgaben, sie ist als ein Instrument zur Vermeidung von Armut und sozialer Ausgrenzung sowie zur materiellen Absicherung nach unten gedacht. Dennoch wurde eine Diskussion um Kosten losgetreten, die nicht nur negative Bilder von armutsbetroffenen Menschen zeichnet, sondern auch unterschiedliche gesellschaftliche Gruppen gegeneinander ausspielt. Es wird ein Klima geschaffen, in dem armutsbetroffene Menschen stigmatisiert und für ihre Lebenssituation persönlich verantwortlich gemacht werden. Das schadet dem gesellschaftlichen Zusammenhalt und verschleiert soziale

und ökonomische Verhältnisse, die Armutslagen verursachen. Dem müssen wir entschieden entgegenreten! Armutsprävention ist eine sozial- und gesellschaftspolitische Aufgabe, die zwar bei den Individuen ansetzen muss, allerdings auch die Gestaltung von gesellschaftlichen Rahmenbedingungen sicherzustellen hat. Hierzu zählen die Sensibilisierung zu Armut über regelmäßige Berichte ebenso wie ein integratives Bildungssystem und eine materielle Absicherung von allen Menschen, die soziale Teilhabe und Partizipation ermöglicht. Wir entscheiden, ob wir in einer Gesellschaft leben wollen, in der jede/r für sich selbst und in Konkurrenz zu den anderen steht, oder in einer Gesellschaft, in der solidarisch miteinander umgegangen wird. Geben wir dem Märchen ein gutes Ende, bekämpfen wir gemeinsam Armut in Österreich. 

MANUELA WADE

ist Politikwissenschaftlerin und Raumplanerin mit den Schwerpunkten Partizipationsprozesse und räumliche Formen von sozialer Exklusion. Seit August 2015 ist sie im Rahmen der Volkshilfe Österreich als Expertin für Armut tätig. Zudem lehrt sie an der Universität Wien.

LITERATUREMPFEHLUNGEN

Daten

AK Wien (2013): Die Verteilung von Vermögen in Österreich. AK Infos, Wien. | **BIFIE/BMBF** (2016): Nationaler Bildungsbericht Österreich 2015, Band 1: Das Schulsystem im Spiegel von Daten und Indikatoren. Graz. | Österreichische Liga für Kinder- und Jugendgesundheit (2015): 6. Bericht zur Kinder- und Jugendgesundheit. Wien. | **Statistik Austria** (2016): Tabellenband EU-SILC 2015. Einkommen, Armut und Lebensbedingungen. Wien.

Hintergrundinformationen

Dimmel, Nikolaus et al. (Hg.): Handbuch Armut in Österreich, 2. Auflage. Innsbruck. | **Einböck, Marina / Wade, Manuela** (2016): Was uns beim Blick auf Kinderarmut noch fehlt: Überlegungen zu den Ergebnissen einer qualitativen Studie in zwei österreichischen Gemeinden, in: SWS-Rundschau (56. Jg.), Heft 4/2016, S. 297-314. | **Holz, Gerda/ Richter-Kornweitz, Antje** (Hg.) (2010): Kinderarmut und ihre Folgen. Wie kann Prävention gelingen? München. | **Volkshilfe** (2015): Kinder stärken. Ansätze zur Armutsbekämpfung aus Theorie und Praxis. Wien. | **Wilkinson, Richard / Pickett, Kate** (2009): Gleichheit ist Glück. Warum gerechte Gesellschaften für alle besser sind. Berlin.

ÜBER DIE VOLKSHILFE

Seit ihrer Gründung im Jahr 1947 ist die Volkshilfe aktiv im Kampf gegen Armut und soziale Ausgrenzung. Gemeinsam mit den betroffenen Menschen werden die Lebenswelten gestaltet und Verhältnisse geschaffen, die es ermöglichen, herausfordernden Situationen gestärkt zu begegnen. Bereits seit einigen Jahren liegt ein Schwerpunkt der Arbeit im Bereich Kinderarmut. 2013 führte die Volkshilfe Österreich eine breit angelegte Kinderarmutsstudie durch, die sich vor allem auf die multiplen Belastungen durch Armut bezog. Mit einer Studie zu kindsspezifischen Netzwerken in Leoben und Mattersburg gelang es 2015, Lebenswelten und Netzwerke von armutsbetroffenen und nicht-armutsbetroffenen Kindern aus Sicht der Kinder darzustellen, und mögliche Lösungswege zur Verbesserung der Situation aufzuzeigen. Im selben Jahr beschäftigte sich die Volkshilfe Österreich im Rahmen eines Projektes mit der Frage, wie Kinder mit Armuts- und Ausgrenzungserfahrungen in ihrer (gesundheitlichen) Entwicklung in der Praxis gestärkt werden können. Die Publikation von Forschungsergebnissen, Tagungen zum Thema Kinderarmut, Kinderarmutskampagnen und die damit verbundenen Forderungen an die Politik zielen auf die Sensibilisierung und Bewusstseinsbildung in der Bevölkerung und bei EntscheidungsträgerInnen ab.



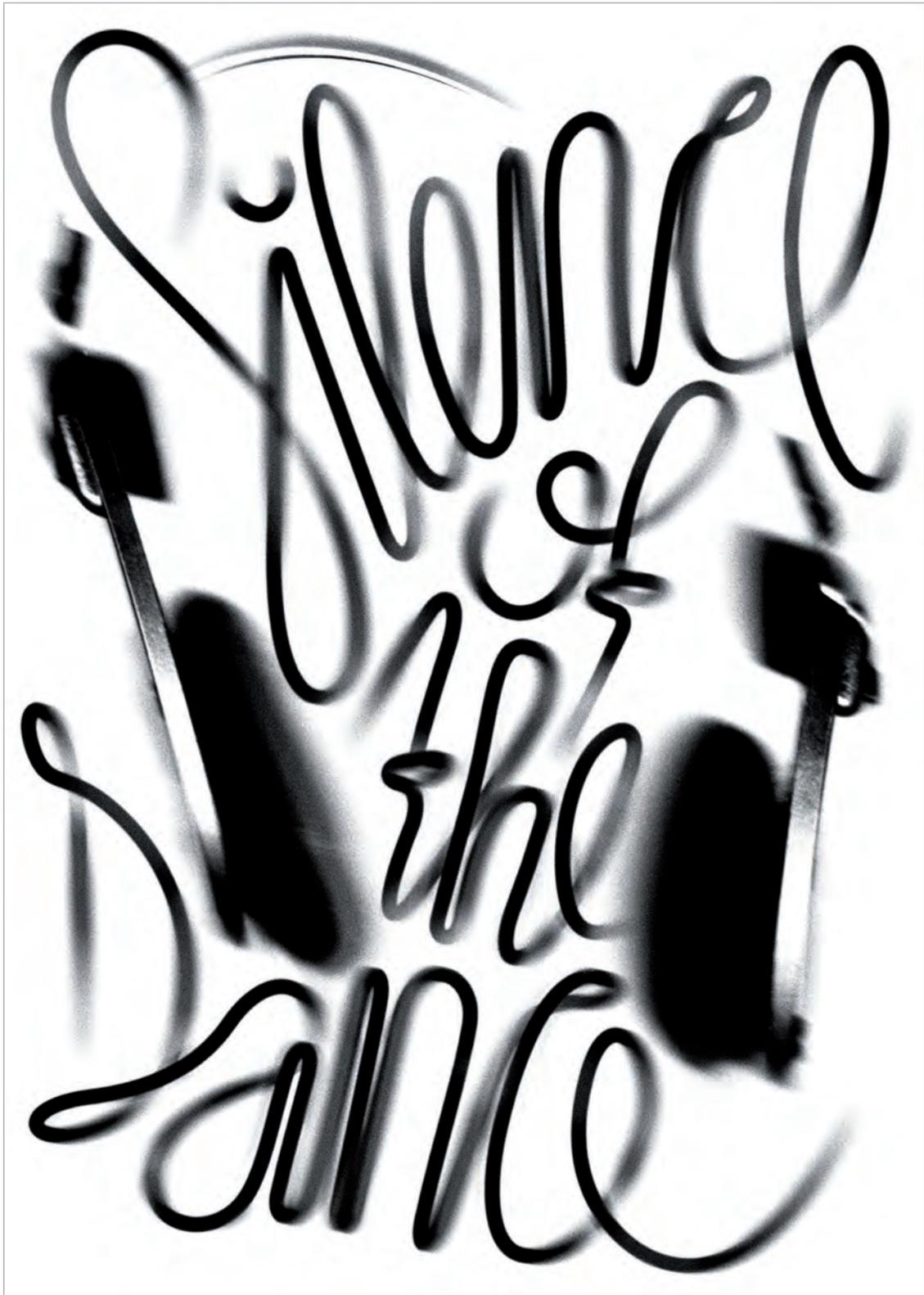
volkshilfe.

**SCHENKEN SIE KINDERN
EINE ZUKUNFT!**

Kto.-Nr. AT77 6000 0000 0174 0400

Kennwort: "Kinderarmut"

Online: www.volkshilfe.at/onlinespenden



Grafik: Erich Brechbühl [Mixer], Kim Migliore
Silence of the Dance, Auftraggeber: Neubad, Luzern
Druck: SAXOPRINT AG, Zürich. Drucktechnik: Offsetdruck. Schweiz
© Erich Brechbühl [Mixer]/Kim Migliore/100 Beste Plakate e. V.

Parteiprogramm – wozu?

Angesichts einer permanenten Wirtschaftskrise und des rasant erstarkenden Rechtsextremismus kommt dem neuen Parteiprogramm der SPÖ eine noch nie dagewesene praktische Bedeutung zu. Es braucht scharfe Analysen und klare Antworten – und ein Bewusstsein, dass »Weitermachen wie bisher« der sicherste Weg zum Kollaps der Sozialdemokratie ist. Ludwig Dvořák umreißt, worum es in der Programmdebatte für die Sozialdemokratie geht.

Nach den schweren Erschütterungen der Weltwirtschaft durch die Finanzkrise 2008 folgen seit nunmehr acht Jahren in kurzer Folge ökonomische und politische Nachbeben, die als bisherige Tiefpunkte Großbritannien aus der EU, Matteo Renzi (vorläufig) aus seinem Amt und Donald Trump ins Weiße Haus befördert haben. Diese Ereignisse stehen nicht in einem zufälligen chronologischen Naheverhältnis, sie hängen unmittelbar zusammen. Die tiefgreifenden wirtschaftlichen Krisenerscheinungen stellen unser gewohntes politisches System zunehmend in Frage. Sie haben zahlreiche, seit vielen Jahren erschütterte, soziale und politische Bindungen gebrochen. Sie haben die langjährigen programmatischen, organisatorischen und moralischen Schwächen der europäischen Sozialdemokratie (aber auch der bürgerlichen Rechten) offen zu Tage treten lassen. Der permanente wirtschaftliche Ausnahmezustand begünstigt den politischen und moralischen Ausnahmezustand, in dem (fast) alles möglich und erlaubt erscheint. Dass in Österreich ein Präsident Hofer verhindert werden konnte, ist ein aufflackernder Hoffnungsschimmer, der zeigt, dass der Erfolg der extremen Rechten nicht zwangsläufig ist, ein Trendwechsel ist es aber nicht.

DIE DEMOKRATISCHE KRISE

Vor Beginn der Krise stimmten in einer SORA-Befragung 2007 gerade einmal 10% der ÖsterreicherInnen der Aussage zu, dass Österreich einen »starken Führer« brauche, der sich nicht um Wahlen und Parlament kümmern müsse. 71% lehnten diese Aussage entschieden ab. 2009 stimmten bereits 20% zu, 2014 26% und 2015 39%, während die entschiedene Ablehnung auf 57% (2009), 44% (2014) und 36% (2015) sank.¹ Die Erosion der öffentlichen Selbstverständlichkeit der Demokratie spiegelt dabei nur die Erosion demokratischer Grundsät-

ze der politischen und wirtschaftlichen Eliten: Was mit der Durchsetzung der europäischen Sparpolitik abseits der geltenden Rechtserzeugungsnormen der EU begonnen hat, findet in der Durchsetzung von Gesetzen wie der Arbeitsmarktreform am französischen Parlament vorbei, aber auch im Versuch der italienischen Regierung, ihre Machtbefugnisse auszuweiten, ihre Fortsetzung. In der Krise haben autoritäre Regierungsmuster Hochkonjunktur. Während die Eliten mit ihrem Handeln das Feld für die Verlotterung demokratischer Standards aufbereiten, heimsen die Rechtsextremen, die immer noch ein Stück skrupelloser sein werden, den politischen Profit ein.

DIE WIRTSCHAFTLICHE UND SOZIALE KRISE

Dass Europas Eliten »wichtige Reformen« zunehmend autoritär durchsetzen wollen, steht ebenfalls in untrennbarem Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Krise. Jahrelang haben Regierungen in Europa versucht, ein neoliberales Wachstumsmodell durch Privatisierung, Deregulierung der Finanzmärkte und der Liberalisierung der Arbeitsmärkte am Leben zu erhalten. In vielen Ländern sollte die Forcierung privater Verschuldung die negativen Verteilungseffekte dieser Politiken kompensieren, bis die Immobilien- und Finanzmarktkrise die Weltwirtschaft und die gesellschaftliche Hegemonie des Neoliberalismus erschütterte. Aggressiver und ökonomisch erfolgreicher denn je wird seither versucht, die Krise auf Kosten der ArbeitnehmerInnen zu lösen – bei dramatisch sinkenden Zustimmungsraten zu dieser Politik und einer immer stärkeren Polarisierung der sozialen Verhältnisse.

DIE POLITISCHE KRISE

Während die bürgerliche Rechte immer weniger Zustimmung zu ihrer Krisenlösungspolitik findet und die Sozialdemokratie

1. http://www.sora.at/fileadmin/images/content/Pages/2016_politische-kultur.pdf

hilf- und planlos vor sich hinstolpert, nützt die extreme Rechte die Gunst der Stunde. Angesichts der Ratlosigkeit und Handlungsunfähigkeit der traditionellen Eliten, stellen sie sich als Systemalternative dar. Ihre Hetze richtet sich nicht nur gegen AusländerInnen und Minderheiten, sie zielt auch sehr bewusst gegen das politische »Establishment«, dessen Handlungsunfähigkeit als Beweis dafür verkauft wird, dass die Regierungen an einer Art »Verschwörung« gegen das eigene Volk beteiligt seien. Die erfolgreiche kulturelle und religiöse Aufladung bestehender sozialer Probleme ist dabei die unmittelbare Folge der Unfähigkeit der Sozialdemokratie, soziale Konfliktlinien klar zu benennen und demokratische Alternativen zu entwickeln. Die Flüchtlingskrise hat für diese Strategie der Rechten einen nahezu perfekten Rahmen geboten. Die Sozialdemokratie hat bislang europaweit jede Chance – von den Steuervermeidungspraktiken großer Konzerne über CETA bis zur Sparpolitik – vertan, die wachsende soziale Polarisierung politisch und emotional zum Großthema zu machen und taumelt unter den Schlägen der Rechten in den Fragen der Flüchtlingspolitik und der nationalen Identitäten in Richtung K.O.

SOZIALDEMOKRATISCHE PROGRAMME ALS SPIEGEL SOZIALDEMOKRATISCHER POLITIK

Die bisherigen Parteiprogramme der SPÖ sind in Zeiten des Umbruchs entstanden, die angesichts neuer politischer und sozialer Gegebenheiten eine grundsätzliche Neuorientierung der Sozialdemokratie markieren: Nach der politischen organisatorischen Einigung suchte das Linzer Programm 1926 eine Strategie für die grundlegend veränderten Rahmenbedingungen in der demokratischen Republik, für die Vereinbarkeit der Nutzung staatlicher Macht und konkreter Sozialreformen für die Erreichung eines revolutionären Ziels. Das Programm von 1958, nach Krieg und NS-Herrschaft, im Kontext eines beginnenden »Wirtschaftswunders« und der erstmaligen flächendeckenden Beteiligung der SozialistInnen an politischer und wirtschaftlicher Macht, vermittelt die Idee eines »Hinüberwachsens« der bestehenden Mischwirtschaft in den Sozialismus. Das Programm von 1978 greift, in vielfach bis heute aktueller Weise, die Frage des Umgangs mit Eigentums- und Entscheidungsverhältnissen angesichts der anstehenden wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Brüche am Ende der »goldenen Ära des Kapitalismus« auf und entwickelt die Vision grundlegender gesellschaftlicher Transformation durch die Erweiterung der politischen durch die »soziale Demokratie«.

Das Programm von 1998 steht symbolisch für eine sozialdemokratische Ära, in der versucht wurde, die faktische Ak-

zeptanz neoliberaler Politik durch sozialdemokratische Regierungen programmatisch zu verkleiden und die »Chancen« der arbeitenden Menschen in der kapitalistischen Welt, im Rahmen von Globalisierung, Deregulierung und Privatisierung, herauszuarbeiten. Die SPÖ verabschiedete sich vom Anspruch einer gesellschaftsverändernden Kraft der arbeitenden Menschen und akzeptierte die Rolle der Moderation neoliberaler Veränderungsprozesse in Wirtschaft und Gesellschaft. Der Schröder-Blair-Kurs steht heute symbolisch für diese Politik der europäischen Sozialdemokratie, die sie einige Jahre an der Macht hielt, die aber gleichzeitig die tiefgehende Glaubwürdigkeits- und Programmkrise eingeleitet hat, die sie im Kontext der großen Krise von 2008 so hilflos erscheinen hat lassen.

EIN RADIKALES PROGRAMM IN ZEITEN DES RADIKALEN UMBRUCHS

Die Debatte um das neue Parteiprogramm der SPÖ muss daher grundlegend anders geführt werden als in der Vergangenheit. Der Crash von 2008 leitete die schwerste Krise der kapitalistischen Wirtschaft seit den 1930er-Jahren ein. Er ist dabei aber nur vorläufiger der Höhepunkt eines seit den 1980er-Jahren verfolgten krisenhaften Entwicklungsmodells kapitalistischer Wirtschaft, in dem die Konzentration von Einkommen, Vermögen und Macht einher geht mit Privatisierung und Deregulierung von Dienstleistungs-, Güter- und Finanzmärkten, mit der Ausweitung der Verschuldung öffentlicher und privater Haushalte, der Schwächung von Gewerkschaften und der Entdemokratisierung von Wirtschaft und Gesellschaft.

Die Krise von 2008 hat die bereits davor bestehenden Spaltungslinien zu Tage treten lassen und durch die anschließende Krisenpolitik erheblich verschärft. Didier Erignon, Owen Jones u.a. haben eine öffentliche Debatte darüber angestoßen, wie die jahrzehntelange Missachtung der ArbeiterInnenklasse dazu beigetragen hat, dass diese in größer werdenden Teilen rechte Politik, auch gegen die eigenen sozialen Interessen, unterstützt. Die soziale Abschottung der Eliten, gepaart mit der Arroganz, mit der die gleichen, sich selbst immer stärker bereichernden Eliten eine Rhetorik des Sparens und des Verzichts für die breite Masse pflegen, haben zu einer Situation geführt, in der große Teile der Bevölkerung die Eliten tatsächlich »auf den Knien sehen« wollen. Auch wenn sich Geschichte nicht 1:1 wiederholt, wird zu Recht auf die vielfältigen Parallelen der Gegenwart zu den 1930er-Jahren verwiesen. Der frühere Schröder-Berater Wolfgang Streeck hat in den letzten Jahren wiederholt die These vertreten, dass die

gegenwärtige Entwicklung des Kapitalismus mit Demokratie unvereinbar ist.

Die Politik der Moderation neoliberaler Veränderung, der kommerziellen Vermarktung der »Chancen des globalisierten Kapitalismus« ist mit der Wirtschaftskrise endgültig gescheitert. Wir erleben derzeit in vielen entwickelten Teilen der Erde, dass der Grat zwischen scheinbarer Normalität und politischem Ausnahmezustand schmäler ist, als wir es vielfach empfunden haben. Wir befinden uns inmitten einer wirtschaftlichen, sozialen und politischen Krise, die alle Sicherheiten in alle Richtungen in Frage stellt: Gerade weil die bestehenden Verhältnisse die Unzufriedenheit zu Wut und Zorn eskalieren lassen, sind die Eliten bereit, sicher geglaubtes – von Demokratie und Sozialstaat bis hin zu Menschen- und Grundrechten – in Frage zu stellen bzw. von der extremen Rechten in Frage stellen zu lassen, wenn dabei ihre wirtschaftlichen Privilegien gewahrt bleiben.

Die Debatte um das neue Parteiprogramm der SPÖ muss daher grundlegend anders geführt werden in der Vergangenheit. Es geht nicht um eine Kompilation von mehr oder weniger gelungenen Einzelmaßnahmen. Niemand hat Bedarf an einer als Programmarbeit getarnten Beschäftigungstherapie. Die Sozialdemokratie steht derzeit ohne Programm und Strategie vor der größten Krise der demokratischen Verhältnisse und gefährdet damit auch ihre eigene Existenz. Es geht heute in der politischen Auseinandersetzung nicht mehr um graduelle Veränderungen der immer gleichen Politik, es geht nicht um professionellere Vermarktung des Status quo. Unsere Gegenwart ist die Zeit für Klartext. Radikale Umbrüche erfordern im wahrsten Sinne des Wortes ein radikales – ein an die Wurzel gehendes – politisches Programm.

WARUM EIN »NEW DEAL« EINE GUTE IDEE IST

Die demokratische, die soziale und die wirtschaftliche Krise müssen und können nur Hand in Hand gelöst werden. Der politische Erfolg von Franklin D. Roosevelts »New Deal« genannter Strategie lag nicht in technischen Einzelmaßnahmen. Er lag darin begründet, die Frage der wirtschaftlichen Krise, die Frage der himmelschreienden sozialen Ungleichheit mit der Frage politischer Demokratie verknüpft zu haben: »Viel zu vielen von uns ist die politische Gleichheit angesichts wirtschaftlicher Ungleichheit bedeutungslos geworden. Eine kleine Gruppe hat in ihren Händen die fast vollständige Kontrolle über anderer Leute Eigentum, anderer Leute Geld, anderer Leute Arbeit, anderer Leute Leben konzentriert. Diese öko-

nomischen Royalisten beklagen sich heute, dass wir die Institutionen unseres Staates stürzen wollen. Was sie wirklich meinen ist, dass wir ihnen ihre Macht nehmen wollen!«

Roosevelts »New Deal«, bei allen Schwächen im Detail, war mit der entschiedenen Kampfansage an die Macht der Banken und Konzerne, mit einer Politik der Arbeitsbeschaffung und der Stärkung der Gewerkschaften, mit einem bis dahin ungekannten Niveau demokratisch legitimierter Lenkung der Wirtschaft nicht nur die Grundlagen für Massenwohlstand in den USA. Diese Kampfansage und die konkreten sozialpolitischen Erfolge machten Roosevelt populär, sie verhinderten auch das Wachstum von – auch in den USA bestehenden – faschistischen Organisationen und Politiken, die aus der großen Krise der 1930er-Jahre Kapital zu schlagen versuchten.

Die Aufgabe eines modernen sozialdemokratischen Programms der Gegenwart ist nicht weniger, als die Entwicklung einer konkret verwirklichtbaren Vision der grundlegenden Umgestaltung unserer Gesellschaft, um die Demokratie zu verteidigen, die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Machtverhältnisse neu zu ordnen, die soziale Gleichheit und die Würde aller Menschen sowie das Vertrauen in die positive Gestaltbarkeit unserer Lebensverhältnisse wiederherzustellen. Die Gesellschaft – und mit ihr die Sozialdemokratie – steht derzeit an einer historischen Weggabelung der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Entwicklung. Sie braucht ein Programm, um sich und der breiten Öffentlichkeit Klarheit über die Dramatik der Lage zu verschaffen und der sich abzeichnenden rassistisch-nationalistischen Allianz der Eliten mit frustrierten WählerInnen eine starke Alternative für eine fortschrittliche, demokratische, gesellschaftsverändernde, ja eine sozialistische, Politik gegenüberzustellen.

Oder um es mit den Worten Roosevelts zu sagen: »Es gibt einen geheimnisvollen Zyklus in der Geschichte der Menschheit. Manchen Generationen wird viel gegeben. Von manchen Generationen wird Schreckliches aberlangt. Unsere Generation hat ein Rendezvous mit der Geschichte!« 

LUDWIG DVOŘÁK

ist gf. Chefredakteur der ZUKUNFT.



Grafik: Timo Lenzen
Striped Hills, Auftraggeber: Durex China, Shanghai (via S-LAB, Peking/Shanghai)
Druckerei: flyeralarm GmbH, Würzburg. Druck: Digitaldruck. Deutschland
© Timo Lenzen/100 Beste Plakate e. V.

(Un-)Gleichzeitigkeit urheberrechtlicher Umwälzungen

Die ständige Erweiterung des rechtlichen Schutzes von Immaterialgüterrechten – von »geistigem Eigentum« – hat seit den 1980er-Jahren zu einer »Institutionalisierung des Rechts des Stärkeren« geführt, argumentiert Leonhard Dobusch. Das Auseinanderklaffen digitaler Lebensrealität und urheberrechtlicher Rechtslage erfordert neue programmatische Antworten – auch gegen die Rechteinhaber-Lobby.

Seit ihrer Erfindung im 18. Jahrhundert haben Immaterialgüterrechte – »geistiges Eigentum«¹ – im Allgemeinen und Urheberrecht im Besonderen eine stetige Ausdehnung erfahren. Galt das erste Copyright des »Statute of Anne« 1710 nur für Bücher, zählen zur Palette der von Copyright bzw. Urheberrecht erfassten Gegenstände heute Musik-, Film- und Kunstwerke aller Art bis hin zu Software und, in Europa, Datenbanken. Auch die geografische Ausdehnung von Immaterialgüterrechten ist erstaunlich und begann bereits früh mit der Berner Übereinkunft zum Schutz von Werken der Literatur und Kunst, deren im Jahr 1908 revidierte Fassung heute in 166 Ländern ein hohes Mindestmaß an Schutz garantiert. Vor allem aber wurde der Schutzzumfang kontinuierlich ausgedehnt. Eine ursprüngliche Schutzdauer von 14 Jahren, die an eine Registrierung des Werkes geknüpft war und einmal um dieselbe Dauer verlängert werden konnte, wurde auf 70 Jahre nach dem Tod des/der Urheberin ausgedehnt – und mit dem Beitritt der USA zur Revidierten Berner Übereinkunft Ende der 1980er-Jahre war auch das letzte relevante Registrierungssystem Geschichte. Seither entstehen Urheberrechte automatisch mit der Schöpfung eines Werkes und fast alle Rechte bleiben damit vorbehalten, von wenigen Ausnahmen wie Zitatrecht oder dem Einsatz für Bildungs- und Forschungszwecke abgesehen.

Wesentlicher Treiber dieser kontinuierlichen Ausdehnung von Urheberrechten waren immer schon kommerzielle Interessen einzelner weniger großer Rechteinhaber wie Filmstudios, Major Labels in der Musikindustrie und große Verlagshäuser. Alle diese Unternehmen verfügen über große Bestände – »back catalogues« – an urheberrechtlich geschützten Werken. Die letzte Verlängerung urheberrechtlicher Schutzfristen

in den USA wurde dementsprechend auch als Mickey-Mouse-Schutzgesetz bezeichnet.

Es waren ebendiese Vertreter der Urheberrechtsindustrie, die sich in den 1980er-Jahren mit anderen großen Konzernen zusammaten, deren Geschäftsmodelle ebenfalls auf Immaterialgüterrechten basierten: die Pharmaindustrie mit ihren patentgesicherten »Blockbuster«-Medikamenten und Konsumgüterproduzenten, deren wertvollstes Gut die eigene »Marke« war. Zusammengefasst unter dem Kampfbegriff »geistiges Eigentum« gelang es dieser Koalition nicht nur, ihre Anliegen mit Nachdruck in die Verhandlungen einzubringen, die letztlich zur Bildung der Welthandelsorganisation (WTO) führen sollten. Mit einem eigenen Abkommen für »Trade-Related Aspects of Intellectual Property Rights« (TRIPS) erreichten sie die nachhaltige Globalisierung des zuvor auf die Industriestaaten beschränkten Ausbaus von Immaterialgüterrechten in Schutzzumfang und -dauer. Die 1994 im TRIPS-Abkommen quasi unter Ausschluss der Öffentlichkeit und mit nur marginaler Beteiligung zivilgesellschaftlicher Akteure ausgehandelten Grundsätze prägen Urheber- und Patentrechte bis heute in entscheidendem Ausmaß – und belegen damit einmal mehr die langfristigen Folgen von Freihandelsabkommen.

INSTITUTIONALISIERUNG DES RECHTS DES STÄRKEREN

Denn die gesellschaftlichen Folgen – und Kosten – dieser kontinuierlichen Ausdehnung von Immaterialgüterrechten wurden erst nach und nach erkennbar. Im Patentbereich war die Skepsis gegen eine Verschärfung schon während der TRIPS-Verhandlungen etwas größer. Vor allem Entwicklungs- und Schwellenländer fürchteten schlechteren Zugang zu Medi-

1. Immaterialgüterrecht ist der Sammelbegriff für Patent-, Urheber- und Markenrechte. »Geistiges Eigentum« oder »Intellectual Property« ist ein ideologisch besetzter Begriff, der erst spät erfunden wurde und u.a. dem Ziel dient, ein möglichst hohes Schutzniveau durch Analogie zum klassischen Eigentum zu propagieren (s.u.).

2. Vgl. z.B. Borrell, J./Watal, J. (2003). Impact of Patents on Access to HIV/AIDS Drugs in Developing Countries. Working paper No. 92 of the Center for International Development at Harvard University, <http://www.ub.edu/graap/BorrellWatalRevisedSep2003.pdf>

kamenten und die mit großen Patentportfolios verbundene Marktmacht von Unternehmen in Industrieländern. Beide Befürchtungen sollten sich bewahrheiten, der Zugang zu HIV/AIDS-Medikamenten leidet ebenso unter Patentschutz² wie Unternehmen in Schwellenländern, die hohe Beträge an US-Konzerne zahlen nur um Patentklagen zu vermeiden.³ Wie auch in anderen Bereichen wurde im Patentbereich unter dem Banner des Freihandels das Recht des Stärkeren institutionalisiert.

Im Urheberrechtsbereich hingegen war der Abschluss der internationalen Abkommen in den 1990er-Jahren – neben TRIPS auch noch zwei ähnliche Abkommen unter dem Dach der UN-Organisation für geistiges Eigentum (WIPO) – erst der Beginn der Auseinandersetzung. Während die USA mit dem Digital Millennium Copyright Act (DMCA) 1998 und die EU mit der Information-Society-Richtlinie 2001 die internationalen Abkommen in (supra-)nationales Recht übertrugen, machten neue digitale Technologien die Unzulänglichkeiten eines überdehnten Urheberrechts erstmals für die breite Masse der Bevölkerung unmittelbar erfahrbar.

Vor dem Internet war es schwierig, das Urheberrecht zu verletzen. Ein Buch an Freunde zu verleihen, Teile oder auch das ganze Werk auf einem Kopiergerät zu vervielfältigen, daraus vorzulesen, all das war ohne Rechtklärung möglich und erlaubt. Das Urheberrecht war zwar schon damals eine komplizierte Materie und das urheberrechtliche Schutzniveau zu hoch, beides spielte aber vor dem Internet im Alltag der meisten Menschen keine Rolle.

DIGITALE REVOLUTION DEMONSTRIERT REFORMBEDARF

Heute ist das anders. Wer sein Smartphone benutzt um Alltagslebnisse auf Video zu bannen und diese dann am persönlichen Blog mit Freunden zu teilen, kommt kaum umhin das Urheberrecht zu verletzen. Es reichen ein paar Sekunden Musik oder ein Plakat im Hintergrund, schon werden bei »öffentlicher Zugänglichmachung« im Netz Urheberrechte verletzt. Digitale Kunst und Kultur geraten ständig mit dem herrschenden Urheberrecht in Konflikt. Viele der kreativsten digitalen Kunstformen wie Remix und Mashup können auf legalem Weg kaum verbreitet oder gar kommerziell genutzt werden. Selbst die Verwendung kleinster Musik- oder Filmschnipsel muss rechtlich geklärt werden, was in den meisten Fällen viel zu umständlich und teuer ist. Mit ähnlichen Problemen kämpfen auch Bibliotheken, Museen und Archive, die

ihre Bestände deshalb nicht digital zugänglich machen können. Die Rede ist von der »Lücke des 20. Jahrhunderts«, weil auf Grund überlanger urheberrechtlicher Schutzfristen die allermeisten der zwischen 1920 und 2000 erschaffenen Werke kaum digital zugänglich gemacht werden können.⁴ Die Nachfrage ist viel zu gering, um die hohen Kosten der Rechtklärung zu decken.

Angesichts dieses unbefriedigenden Auseinanderklaffens von digitaler Lebensrealität und urheberrechtlicher Rechtslage ist es nicht verwunderlich, dass mit der Verbreitung digitaler Technologien auch verschiedene Lösungsstrategien verfolgt wurden. Grob lassen sich dabei drei Ansätze unterscheiden, die in unterschiedlichem Ausmaß und in unterschiedlichen Feldern zum Einsatz kommen. Ihnen gemein ist, dass sie jenseits rechtlicher Änderungen verfolgt werden, denn seit Mitte der 1990er-Jahre ist es zu keiner nennenswerten Revision urheberrechtlicher Abkommen mehr gekommen.⁵

a) Höheres Schutzniveau durch Kopierschutztechnologie: Vor allem von Seiten der großen Rechteinhaber wird bestritten, dass das urheberrechtliche Schutzniveau zu hoch ist. Im Gegenteil, neue digitale Technologien würden den rechtlichen Schutz unterlaufen und illegale Online-Tauschbörsen Milliarden an Werten vernichten. Diesem Geist folgten bereits die letzten Urheberrechtsreformen, in denen unter anderem das Verbot der Umgehung von Kopierschutztechnologien festgeschrieben worden war. Damit sollte die Basis gelegt werden, für ein umfassendes System digitalen Rechtemanagements, das immer feingliederige Kontrolle und damit Bepreisung von individuellen Nutzungshandlungen erlauben sollte. Während im Musikbereich dieser Ansatz an der bereits großen Verbreitung des kopierschutzlosen MP3-Standards gescheitert war – kopiergeschützte Geräte verkauften sich einfach nicht –, feiern derartige Ansätze im Zeitalter der »Cloud« ein Comeback. Computerspiele wie das neue Super Mario für iPhones können nur mit aufrechter Internetverbindung gespielt, »gekaufte« Filme oder E-Books nur auf einer begrenzten Zahl an Geräten genutzt werden. Im Ergebnis bleiben so die Potentiale digitaler Technologien für mehr und einfacheren Zugang zu Inhalten nicht nur ungenutzt, bisweilen werden sogar im Analogen etablierte Praktiken wie die Erstellung und Weitergabe von Privatkopien oder das Verleihen von Werken unterbunden. Angesichts dieser aus Sicht der großen Mehrheit der Bevölkerung wenig attraktiven Entwicklung ist es kein Wunder, dass sich auch Gegenbewegungen herausgebildet haben.

3. So verdient Microsoft ohne jede Eigenleistung an jedem Android-Smartphone anteilig mit, weil die Gerätehersteller zur Vermeidung von Patentklagen Lizenzgebühren abführen, vgl. https://blogs.technet.microsoft.com/microsoft_on_the_issues/2011/10/23/microsofts-new-patent-agreement-with-compal-a-new-milestone-for-our-android-licensing-program/
4. Vgl. Heald, P. J. (2014). How copyright keeps works disappeared. *Journal of Empirical Legal Studies*, 11(4), 829–866.
5. Auch die derzeit angekündigt <https://netzpolitik.org/2016/geleakter-entwurf-der-eu-urheberrechtsrichtlinie-viele-versaemnisse-dafuer-20-jahre->

b) Digitale Allmende-Ansätze: Entstanden im Bereich von Freier und Open Source Software, finden sich heute digitale Allmenden (»Commons«) in immer mehr Urheberrechtsbereichen. WissenschaftlerInnen teilen ihre Forschungsergebnisse und -daten frei im Netz (»Open Access«), Lehrende tauschen ihr Lernmaterial (»Open Educational Resources«), es gibt Communities für frei verwendbare Musik (»Free Music Archive«) und mit Wikipedia und Wikimedia Commons gibt es eine frei verfügbare, mehrsprachige Wissensplattform. Alle diese Beispiele haben gemeinsam, dass sie das Urheberrecht mit Hilfe von offenen Urheberrechtslizenzen (z. B. Creative-Commons-Lizenzen) quasi gegen sich selbst wenden. Anstatt alle Rechte vorzubehalten, werden der Allgemeinheit auf standardisierte Weise bestimmte Rechte wie Weitergabe, Veränderung oder kommerzielle Nutzung eingeräumt. Oft müssen veränderte Werke wieder unter derselben Lizenz veröffentlicht werden. Auf diese Weise entsteht ein kontinuierlich wachsender Pool an frei nutzbaren Werken. Vor allem in Bereichen wie Forschung und Bildung, wo die UrheberInnen ohnehin nicht von der Verwertung ihrer urheberrechtlich geschützten Werke leben, finden offene Lizenzen zunehmende Verbreitung. Allerdings sind sie keine Lösung für die (fehlende) Digitalisierung des historischen Werksbestands und auch im Bereich der (Massen-)Kulturindustrie und davon abgeleiteter Kreativität in Form von Meme- und Remixkultur helfen Creative-Commons-Lizenzen wenig.

c) Plattformisierung des Urheberrechts: Deshalb ist es wahrscheinlich kein Zufall, dass neue Player wie Google und Facebook vor allem im Bereich von Massenkultur sowie der Digitalisierung des kulturellen Erbes mit eigenen, plattformbasierten Lösungen vordringen. Angebote wie Google Books – also die Digitalisierung und Durchsuchbarmachung ganzer Bibliotheksbestände – oder YouTube als Plattform für mehr oder weniger kreative Videosequenzen basieren dabei auf dem etwas liberalen US-Copyright. Dessen Fair-Use-Klausel ist im Unterschied zum EU-Urheberrecht offen für neue Ausnahmen, sofern bestehende Verwertungswege nicht untergraben werden und sie im öffentlichen Interesse sind. Ob das der Fall ist, entscheiden Gerichte. Im Fall von Google Books entschied ein Höchstgericht, dass ein öffentliches Interesse an der Massendigitalisierung von Büchern besteht, ohne dass durch kleine Auszüge (»Snippets«) das Verwertungsmodell des Ver-

- leistungsschutzrecht/ten Änderungen im EU-Urheberrecht sind weit davon entfernt, die Probleme auch nur im Ansatz zu lösen.
6. Vgl. <https://netzpolitik.org/2015/google-books-ist-fair-use-berufungsgericht-folgt-erstinstanzlicher-entscheidung/>
7. Vgl. zu dem Thema YouTube-Urheberrecht: <https://governancexborder.com/2016/05/23/bordercrossing-talk-lessons-from-copyright-in-action-for-copyright-reform/>

kaufs bedroht wäre.⁶ Bei YouTube wiederum ist es so, dass dessen schiere Marktmacht die Rechteinhaber dazu gebracht hat, sich Googles Rechtklärungsregime zu unterwerfen. Sie erlauben Googles Algorithmus (»Content ID«) neu hochgeladene Videos dahingehend zu prüfen, ob ihre Werke genutzt werden und entscheiden danach, ob sie die Videos dulden, sperren, oder mit Werbung monetarisieren wollen. Bis zu einem gewissen Grad basiert das YouTube-Urheberrecht also wieder auf einer Art »Registrierung« von Werken und ist genau dadurch praxistauglicher.⁷ Dem größten Vorzug dieses Systems – prinzipielle Offenheit für nutzergenerierte Inhalte wie Handy-Videos, Mashups und Meme – stehen jedoch eine Reihe von Nachteilen gegenüber. So ist die Offenheit auf die Plattform beschränkt, kann die Duldung jederzeit einseitig vom Rechteinhaber widerrufen werden und ist die Vergütung intransparent und bevorzugt Superstars.

FAZIT

Nach mehr als hundert Jahren der kontinuierlichen Ausdehnung immaterialgüterrechtlicher Schutzniveaus und deren Verankerung in internationalen Abkommen werden die Nachteile dieser Schlagsseite immer deutlicher. Besonders im Urheberrecht machen neue digitale Technologien für breite Bevölkerungsteile erkenn- und erfahrbar, dass urheberrechtlicher Schutz auch zu stark ausgeprägt sein kann. Die inhärent konservativ-bewahrende Struktur von Freihandelsabkommen wie TRIPS macht eine entsprechende Korrektur der gesetzlichen Grundlagen jedoch schwierig bis unmöglich. Dennoch zeigen die konkurrierenden Dynamiken rund um Kopierschutztechnologien, Allmende-Ansätze und Plattformisierung des Urheberrechts, dass die Realverfassung des Urheberrechts durchaus kontinuierlichem Wandel unterliegt. Die Auseinandersetzungen darüber folgen oft Markt- und Mobilisierungslagen (z. B. hinsichtlich der Adoption alternativer Lizenzstandards), die traditionell-politischen Arenen bleiben bislang Außen vor. Eine Situation, an der sich wenig ändern wird, solange politische Akteure den Konflikt mit den Rechteinhaber-Lobbys scheuen.



LEONHARD DOBUSCH

ist Betriebswirt und Jurist und Universitätsprofessor für Organisation an der Universität Innsbruck und forscht u. a. zum Management digitaler Gemeinschaften und zu transnationaler Urheberrechtsregulierung.



KING HENRY PURCELL
JOHN DRYDEN
ARTHUR

THEATRE ORCHESTRE SOLOTHURN AB 30|01|2015
BIENNE DES LE 06|02|2015
BIEL AB 06|02|2015

Der Sozialstaat in Österreich

Anlässlich des 150. Geburtstags des großen Sozialreformers Ferdinand Hanusch analysiert Ewald Walterskirchen Struktur und Perspektiven des österreichischen Wohlfahrtsstaates.

Ferdinand Hanusch (1866–1923) war der Wegbereiter des Sozialstaats in Österreich. Er entwickelte eine Sozialpolitik, die anderen Staaten und auch späteren Generationen als Vorbild diente. Seine größten Verdienste erwarb sich der Gewerkschafter im Bereich des Arbeits- und Sozialrechts. Er vertrat eine Politik der kleinen Schritte, nicht der großen revolutionären Veränderungen.

In seiner zweijährigen Tätigkeit (1918–1920) als »Staatssekretär« – was heute dem Sozialminister entspricht – setzte er Meilensteine der Sozialpolitik:

- Einführung des Achtstundentags und der 48-Stunden-Woche
- Urlaubsanspruch für Arbeiter
- Verbot der Arbeit von Kindern unter 12 Jahren
- Verbot der Nachtarbeit für Frauen und Jugendliche
- Sonntagsruhe im Handelsgewerbe
- Arbeiterkammergesetz und Mitspracherecht durch das Betriebsrätegesetz
- Bezirkskommissionen zur Organisierung der Arbeitsvermittlung
- Mindestlohn, der durch Kollektivvertrag garantiert wird
- Verbesserungen im Krankenkassenwesen und in der Arbeitslosenversicherung
- Grundstein für die später eingeführte Alters- und Invalidenpension

Wenn wir heute in Wien in der Hanuschgasse im 1. Bezirk bei der Albertina spazieren gehen oder uns den Hanuschhof im 3. Bezirk nach seiner Generalsanierung ansehen oder jemanden im Hanusch-Krankenhaus besuchen, immer werden wir an diesen großen Mann erinnert. Wie können wir das alles erhalten, was Ferdinand Hanusch in die Wege leitete und vor welche neuen Herausforderungen stellt uns die heutige Zeit?

ANFÄNGE DES SOZIALSTAATS

Der Sozialstaat hat sich im 19. Jahrhundert als Folge der Massenverelendung im Frühkapitalismus entwickelt. Otto von Bismarck machte sich um den Sozialstaat in Deutschland besonders verdient. Er führte die Renten-, Kranken- und Unfallversicherung ein. Sein Motiv war nicht primär menschliches Mitgefühl. Er wollte den Aufruhr der Industriearbeiter gegen die katastrophalen Arbeitsbedingungen im Frühkapitalismus stoppen. Die brutale Niederschlagung der Aufstände durch die Polizei und die bloße Armenfürsorge waren keine Dauerlösungen. Die Furcht vor einer Revolution war eines der Hauptmotive für Bismarcks sozialpolitische Maßnahmen in Deutschland. Der Sozialstaat war eine Alternative zum Polizeistaat. Das sollten sich jene vor Augen halten, die heute eine Abschaffung des Sozialstaats fordern.

Das allgemeine Wahlrecht, die Zulassung von Gewerkschaften und die Sozialdemokratie brachten den Sozialstaat in Europa bis zur Großen Depression voran. Die wirtschaftliche Krise der 1930er-Jahre war dann durch Massen von Arbeitslosen und Bettlern auf den Straßen gekennzeichnet. Nach den »finsternen Zeiten« des autoritären Ständestaats und des Nationalsozialismus kam es in Österreich – ebenso wie in ganz Europa – Ende der 1940er-Jahre zu einem Aufblühen des Sozialstaats.

DAS GOLDENE ZEITALTER DES SOZIALSTAATS

Die fünf Jahrzehnte nach dem Zweiten Weltkrieg können als das Goldene Zeitalter des Sozialstaats bezeichnet werden. Der »Beveridge-Report« (1942) hatte zunächst großen Einfluss auf die Ausgestaltung des weitgehend steuerfinanzierten Sozialwesens in Großbritannien und Skandinavien. In Österreich wurde das Allgemeine Sozialversicherungsgesetz (ASVG 1955) als »Jahrhundertwerk« gefeiert – ein »Leitgesetz« für spätere

rechtliche Regelungen. Die Selbstverwaltung der österreichischen Sozialversicherungsträger wurde damit etabliert. Der massive Ausbau der Sozialpolitik lässt sich an Hand einiger Zahlen verdeutlichen: Die Sozialausgaben stiegen in Österreich von 16% des Bruttoinlandsprodukts im Jahr 1955 auf 24,5% im Jahr 1977. Diese massive Ausweitung der Sozialausgaben – vor allem der Pensionen – hatte aber auch ihren Preis. Die Beiträge der Arbeitgeber und Arbeitnehmer zur Pensionsversicherung machten Mitte der fünfziger Jahre 11,5% der Lohnsumme aus, heute sind sie mit 22,8% doppelt so hoch.

Diese Betonung der Sozialpolitik im Goldenen Zeitalter hängt vor allem mit dem Aufstieg der Sozialdemokratie und der Stärke der Gewerkschaften zusammen. Aber auch viele konservative Parteien in Europa nahmen sich zu dieser Zeit der »sozialen Frage« an und orteten einen gewissen sozialpolitischen Nachholbedarf. Die Konkurrenz durch den Kommunismus (Sputnik-Schock) hat vor allem die Bildungspolitik in den westlichen Industriestaaten beflügelt. In den 1970er- und 1980er-Jahren setzte ein regelrechter Bildungsboom ein, der einen Schritt zu mehr Chancengleichheit bedeutete.

Mit dem Zusammenbruch des Kommunismus 1989 gab es keine gangbare Alternative zur Marktwirtschaft mehr. Der Neoliberalismus wurde nun zur dominierenden Ideologie in Europa und den USA, und die Kritik am Sozialstaat als »sozialer Hängematte« wurde immer lauter. Der Wohlfahrtsstaat sei nicht mehr finanzierbar, und die Sozialpolitik müsse sich den budgetpolitischen Prioritäten unterordnen.

DER SOZIALSTAAT IN ÖSTERREICH

Wir können heute sagen: Es wurde sehr viel erreicht von den Visionen des Ferdinand Hanusch und der Apologeten des Sozialstaats: Die allgemeine Sozialversicherung wurde 1955, die 40-Stunden-Woche 1975 verwirklicht. Bis in die 1980er-Jahre gab es laufende Verbesserungen im Arbeits- und Sozialrecht. Das gelang oft gegen den Widerstand der konservativen Kräfte und der Ideologen des Marktfundamentalismus. Friedrich von Hayek, einer der Väter des Neoliberalismus, hielt den Wohlfahrtsstaat für eine kurzfristige Verirrung der Geschichte – eine Form der Knechtschaft, die unsere individuelle Freiheit einschränkt.

Im Gefolge der Globalisierung kam die Expansion des Sozialstaats in Österreich während der 1990er-Jahre zum Erliegen. Es kann aber keine Rede von einem Kahlschlag sein. Es gab zwar einige Kürzungen (»Pensionsversicherungs-

form« 2003), erschwerten Zugang zu sozialen Leistungen und Maßnahmen gegen Sozialmissbrauch. Aber es gab auch neue Errungenschaften: z. B. das Pflegegeld (1993) und die bedarfsorientierte Mindestsicherung (2010), welche die Sozialhilfe ersetzte.

Derzeit liegt die Sozialquote in Österreich bei etwa 30% des Bruttoinlandsprodukts (2013 29,8%), sie ist seit 2007 um 2 Prozentpunkte gestiegen. Die Ursache für diesen Anstieg waren aber nicht neue soziale Leistungen, sondern der Rückgang des Bruttosozialprodukts und steigende Arbeitslosigkeit im Gefolge der Finanz- und Wirtschaftskrise.

Am höchsten ist die Sozialquote traditionellerweise in Skandinavien und Frankreich, gefolgt von Deutschland, Österreich, den Benelux-Staaten und Italien. In Polen und Rumänien liegen dagegen die Sozialausgaben (in % des BIP) nur etwa halb so hoch wie in den führenden Ländern. Wir können also sagen: Je höher der Lebensstandard, umso höher ist im Allgemeinen auch die Sozialquote in Europa. Die Länder mit guter sozialstaatlicher Absicherung (z. B. Kurzarbeiterunterstützung) sind auch besser durch die Wirtschafts- und Finanzkrise gekommen. Unterstützung in schwierigen Zeiten lohnt sich, sie macht die Gesellschaft stabiler.

Die wichtigste Ausgabenkategorie sind die Pensionszahlungen. Österreich ist gut damit gefahren, beim Umlageverfahren zu bleiben. 90% aller Pensionen werden so finanziert. In Deutschland war die Riester-Rente, die privat finanziert und staatlich gefördert ist, kein Erfolg. Die Hoffnung auf einen baldigen Anstieg der Zinsen, der das ändern könnte, ist illusorisch.

Noch schlimmer ist es Chile ergangen. Milton Friedman und seine Chicago Boys haben der Militärregierung Pinochet geraten, vom Umlageverfahren auf ein Kapitaldeckungsverfahren umzusteigen. Heuer demonstrierten viele Chilenen, weil ihre Rente nur noch einen Bruchteil (etwa 30%) des bisherigen Einkommens ausmacht. Die hohe Lebenserwartung in Österreich (81 Jahre bei Geburt) ist nicht zuletzt einem funktionierenden Gesundheitswesen zu verdanken. Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall und Pflegegeld zählen zu den Errungenschaften der letzten Jahrzehnte.

Der soziale Wohnbau ist seit den Anfängen im »Roten Wien« eine Säule der österreichischen Sozialpolitik. Etwa ein Viertel des heimischen Wohnungsbestandes entfällt auf

öffentliches oder gemeinnütziges Eigentum. Angesichts des enormen Anstiegs der Mieten und Wohnungspreise beneiden uns heute andere europäische Staaten um unseren sozialen Wohnbau.

Staatliche Umverteilung wirkt in Österreich der zunehmenden Ungleichheit der Markteinkommen entgegen. Entscheidend ist hier die Ausgabenseite: Die Leistungen für Arbeitslose, Mindestsicherung, Ausgleichszulagen und Familien begünstigen die unteren Einkommenschichten massiv. Das gefürchtete Aussteuern der Arbeitslosen, das in der Weltwirtschaftskrise der 1930er-Jahre so verheerende Folgen hatte, war in der Großen Krise 2007 kein Thema mehr.

GIBT ES EINE KRISE DES SOZIALSTAATS?

Heute wird oft von einer Krise des Sozialstaats gesprochen. Bei geringem Wirtschaftswachstum könnten wir uns den »großzügigen« Sozialstaat nicht mehr leisten. Dazu kämen dann noch Globalisierung und demographische Verschiebungen, die eine Aufrechthaltung des Wohlfahrtsstaats unmöglich machen würden. Viele Liberale streben heute einen Abbau oder zumindest Umbau des Sozialstaats an. Sie wollen vor allem zwei Dinge:

1. einen Übergang vom Wohlfahrtsstaat zum Wettbewerbsstaat: Die Sozialpolitik solle einen Beitrag zur Verbesserung des Wirtschaftsstandorts leisten – etwa durch Bildungspolitik oder aktivierende Arbeitsmarktpolitik – und durch höhere Effizienz eine Senkung der Lohnnebenkosten ermöglichen.

2. eine Minimierung der Sozialpolitik: Sozialleistungen soll es nur noch für die Ärmsten geben. »Mehr privat, weniger Staat« lautet die Devise. Hayek meinte einmal, jeder Bürger sollte ein Sparbuch für die Pension, eines für Krankheit, eines für Arbeitslosigkeit usw. haben. Milton Friedman wiederum forderte private Spenden der Reichen statt öffentlicher Sozialleistungen. Der deutsche Philosoph Sloterdijk verstieg sich sogar zu einer Abschaffung der Steuerpflicht: Freie, mündige Bürger sollten Steuern nach Belieben freiwillig zahlen.

Die Globalisierungswelle seit den 1980er-Jahren – die als Reaktion der Wirtschaft auf die Vollbeschäftigungsperiode verstanden werden kann – hat zweifellos den Aktionsradius der Nationalstaaten beschränkt. Hans-Werner Sinn, der frühere Ifo-Präsident, schrieb 2006 einen Artikel in der Zeitung »Die Welt« (1.3.2006): »Warum der europäische Sozialstaat die Globalisierung nicht überlebt«. Der Sozialstaat sei für die Ar-

beitslosigkeit verantwortlich, weil er Mindestlöhne festlege und Geld fürs Nichtstun zahle. Die Konkurrenz mit Niedriglohnländern in Asien und Osteuropa müsse zu steigender Arbeitslosigkeit führen, wenn die Löhne nach unten starr sind. Hans-Werner Sinn und die meisten deutschen Ökonomen sagten bei Einführung eines Mindestlohns in Deutschland katastrophale Arbeitsmarktfolgen voraus. Sie irrten gewaltig. Trotz all dieser neoliberalen Forderungen konnte der Sozialstaat in Europa (außer in Griechenland) weitgehend erhalten werden. Pensionsreformen sind unausweichlich, da die durchschnittliche Lebenserwartung seit 1980 um etwa 10 Jahre gestiegen ist und in Zukunft weiter steigen wird.

Der größte Abbau des Sozialstaats erfolgte wohl durch die Agenda 2010 in Deutschland (unter Bundeskanzler Schröder). Deutschland konnte im letzten Jahrzehnt durch massive Lohnzurückhaltung, Defacto-Zwang von Arbeitslosen zu Ein-Euro-Jobs, Lohnzuschüsse (»Aufstocker«) und Leiharbeit (zur Umgehung der Kollektivverträge) die Arbeitslosenzahlen deutlich senken. Durch diese Entwicklung entsteht in den anderen Euroländern ein erheblicher Druck, die deutsche Agenda 2010 nachzuahmen.

Es ist verständlich, dass Neoliberale und Wirtschaftslobbyisten den Sozialstaat nicht aufrecht erhalten wollen. Aber es ist schwer verständlich, warum der Sozialstaat nicht aufrecht erhalten werden »könne«. Man braucht doch nur nach Skandinavien zu blicken. Dort haben hohe Löhne und Sozialleistungen die Unternehmen unter Druck gesetzt, innovativ zu sein und ihre Produktivität zu steigern. Billiglohnstrategien sind dort nicht möglich. Die Menschen in Skandinavien sind bereit, einen hohen Teil ihres Einkommens an den Staat abzuliefern. Dafür bietet ihnen der Staat effiziente Sozialleistungen, hervorragende Schulbildung und eine ausgewogene Einkommensverteilung. Das Vertrauen in andere Menschen und Institutionen ist nirgends höher als in Skandinavien.

VIER FORMEN DES WOHLFAHRTSTAATS

Von welchem Sozial- und Wohlfahrtsstaat reden wir eigentlich? Im Gefolge von Esping-Anderson werden gewöhnlich vier Formen des Wohlfahrtsstaats unterschieden:

- a. Das skandinavische Modell
- b. Das liberale angelsächsische Modell
- c. Das korporatistische kontinentaleuropäische Modell
- d. Das familienzentrierte mediterrane Modell

Im skandinavischen Modell wird größerer Wert auf öffentliche Dienstleistungen (Kindergärten, Ganztagschulen usw.) als auf finanzielle Transfers gelegt. Die Sozialausgaben werden primär durch Steuern finanziert. Das macht eine künftige Verlagerung der Finanzierung von Einkommens- zu Umwelt- und Vermögensteuern leichter.

Seit dem Aufstieg des Neoliberalismus ist das angelsächsische, liberale Modell im Vormarsch. Hier ist von einem »schlanken Staat« die Rede. Sozialpolitik soll auf die Ärmsten beschränkt werden, um ihnen das Existenzminimum zu garantieren. Die Finanzierung erfolgt auch hier weitgehend über Steuern.

In unserem kontinentaleuropäischen Modell werden Sozialleistungen primär durch Beiträge der Arbeitgeber und Arbeitnehmer zur Sozialversicherung finanziert, wie es den alten Bismarck'schen Vorstellungen entspricht. Nur bei versicherungsfremden Leistungen wird auf Steuern zurückgegriffen. Dieses korporatistische Modell ist mit einer hohen Belastung des Faktors Arbeit verbunden. Eine Erhöhung der Lohnnebenkosten zur Finanzierung des Sozialstaats stößt aber im Zeitalter der Globalisierung auf den vehementen Widerstand der Wirtschaft. Eine weitere Schwäche dieses Modells liegt darin, dass es zu sehr an der Verfügbarkeit einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung orientiert ist. In Zeiten stark zunehmender prekärer Beschäftigung führt dieses ursprüngliche »male breadwinner-Modell« zu Problemen.

Das familienzentrierte mediterrane Modell hat die schlimmsten Auswirkungen der hohen Arbeitslosigkeit in Südeuropa gelindert. Familiäre Hilfestellungen haben die schwachen öffentlichen Leistungen ergänzt. Die hohe Zahl von Ein-Personenhaushalten in den Großstädten und Auflösungserscheinungen der Großfamilie bringen dieses Modell jedoch ins Wanken.

AKTUELLE PROBLEME DES SOZIALSTAATS

In einer hervorragenden Broschüre der Arbeiterkammer werden – neben einer ausführlichen Darstellung der Sozialleistungen – auch einige aktuelle Probleme des Sozialstaats in Österreich aufgelistet.

A. Das Vertrauen in die Sicherheit der Pensionen ist erschüttert, zum Teil auch durch die Werbung für private Pensionsvorsorge. Aussagen von Jugendlichen wie »Ich werde

keine Pension mehr bekommen« sind zwar absurd, aber nicht selten. Das Wesen des Umlageverfahrens scheint vielen unklar zu sein.

B. Es gibt eine massive Zunahme prekärer Arbeitsverhältnisse – mit geringem oder ohne sozialen Schutz. Ansprüche auf Pensionen und andere soziale Leistungen können dadurch nur in begrenztem Umfang erworben werden.

C. Es besteht ein Defizit an sozialer Infrastruktur. Ein starker Ausbau von Kinderbetreuung, Altenpflege und Ganztagschulen wird durch die zunehmende Berufstätigkeit der Frauen gleichsam erzwungen. Ein zweites verpflichtendes kostenloses Kindergartenjahr steht bereits zur Diskussion.

D. Das Spardiktat der EU (bzw. Deutschlands) setzt die Sozialpolitik unter Druck, da fast ein Drittel der öffentlichen Ausgaben auf soziale Leistungen entfallen und die höhere Lebenserwartung mehr Pensions-, Gesundheits- und Pflegeleistungen erfordert.

E. Die Finanzierung der Sozialausgaben erfolgt größtenteils über Sozialversicherungsbeiträge, d.h. über eine Belastung des Faktors Arbeit. In Zukunft sollte die Finanzierung in stärkerem Maße über Vermögens- und Umweltsteuern, in geringerem Maße über Beiträge erfolgen.

DIE ZUKUNFT DES SOZIALSTAATS

Die politischen Mehrheitsverhältnisse in den einzelnen Ländern werden natürlich die Zukunft des Sozialstaats entscheidend prägen. Denn in der Europäischen Union ist Sozialpolitik größtenteils nationale Angelegenheit.

Es stimmt optimistisch, dass die Große Krise und die überzogene Austeritätspolitik der Europäischen Union in den meisten Ländern ohne massive sozialpolitische Einschnitte überstanden werden konnte. Nur in Griechenland kam es unter dem Diktat der Troika zu einem Kahlschlag von Pensionen und Gesundheitsleistungen. Wir können daraus eine Lehre ziehen, welche die ostasiatischen Länder schon lange gezogen haben: Nur keine anhaltenden Leistungsbilanzdefizite machen und damit von ausländischen Kapitalgebern abhängig werden! Eine zweite Warnung gibt uns Prof. Hans-Werner Sinn mit auf den Weg: »Wir können den Sozialstaat nicht für die ganze Welt öffnen« (Wirtschaftswoche 13.1.2016).

Ich möchte mit dem bekannten Zitat des früheren deutschen Bundeskanzlers Helmut Schmidt schließen: Der Sozialstaat ist »die größte kulturelle Leistung, welche die Europäer während des ansonsten schrecklichen 20. Jahrhunderts zustande gebracht haben«. Setzen wir diese große Errungenschaft nicht aufs Spiel! 

EWALD WALTERSKIRCHEN

ist seit 1970 am WIFO tätig und war u.a. 1987 bis 1990 Koordinator der Internationalen Kommission für Beschäftigungsfragen in Europa (Kreisky-Kommission).

Dieser Aufsatz beruht auf einem Vortrag des Autors beim WIPOL-Kongress »Ferdinand Hanusch – Leben und Werk in aktueller Sicht« am 9. 11. 2016 in Wien.



Grafik: Ralph Schraivogel
Bitte berühren!, Auftraggeber: Museum für Gestaltung Zürich
Druck: Lézard Graphique, Brumath. Drucktechnik: Siebdruck. Schweiz
© Ralph Schraivogel/100 Beste Plakate e. V.

02.02.2015 – 13.06.2015

Abfahrt Deutsche Bahn Heidelberg Hbf



WWW.EDITION-STAECK.DE FACEBOOK.COM/KUNSTFUERALLE

KUNST

MULTIPLES, GRAFIKEN, AKTIONEN AUS DER SAMMLUNG STAECK

FUER

MI. 18.03. – SO. 07.06.2015, VERNISSAGE 17.03.2015, 19.00 UHR

ALLE

AKADEMIE DER KUNSTE, HANSEATENWEG 10, 10557 BERLIN



Grafik: Klaus Staeck, Götz Gramlich

Kunst für alle, Auftraggeber: Akademie der Künste, Berlin

Druck: Serigrafie Lauer, Heidelberg. Drucktechnik: Siebdruck. Deutschland

© Klaus Staeck/Götz Gramlich/100 Beste Plakate e. V.



Grafik: Lex Drewinski
Spiel mit dem Feuer, Auftraggeber: Eigenauftrag
Druck: Onlineprinters GmbH, Neustadt a. d. Aisch. Drucktechnik: Offsetdruck. Deutschland
© Lex Drewinski/100 Beste Plakate e. V.

Projekt Sozialdemokratie

Thomas Nowotny geht in seinem aktuellen Buch mit seiner SPÖ hart ins Gericht. Manfred Lang stellt es hier vor.

Nein, freundlich geht der Autor mit der SPÖ nicht um. Er liest ihr ab und an richtig die Leviten. Das bedeutet aber nicht, dass er sie nicht mag. Ganz im Gegenteil.

Nowotnys Kritik ist schon an den Kapitelüberschriften abzulesen: »Statt Gestaltungswillen: Taktische Anpassung an Bestehendes«; »Die einstige ›Arbeiterpartei‹ wurde zu einer profillosen ›Partei der Mitte‹; »Auf dem ›Dritten Weg‹ in politische Beliebigkeit und Profillosigkeit«; »Die Sklerotisierung der Sozialdemokratie«.

Es wäre aber mehr als ungerecht, würde man dieses Buch nur unter dem Blickwinkel einer Sozialdemokratie-Kritik lesen. Der Autor ist sich nicht zu schade, auch Ideen zu unterbreiten, wie und wo man als Sozialdemokratie Reformhand anlegen sollte. Nachzulesen etwa im Kapitel über eine »aufgabengerechte Ordnung der Verwaltung«. Hört sich sperrig an, ist es auch streckenweise. Nowotny geht von folgender Überlegung aus (S. 191): »Für ihre Ziele benötigt die Sozialdemokratie einen starken Staat. Er muss sich laufend neuen Bedingungen und Aufgaben anpassen. Die Verwaltung soll dazu optimal organisiert und von hoher Qualität sein. Die Sozialdemokratie muss das mit konkreten Vorschlägen einfordern.« Es sei »die Qualität der öffentlichen Verwaltung entscheidend für die Stellung eines Staates und die Lebensqualität seiner Bürger.«

Nowotny fordert u.a. Richtlinien-Kompetenz für den Bundeskanzler, die Aufwertung der Bundesregierung als Kollegialorgan, eines Staatssekretär als Regierungssprecher, einen Kanzleramts-Europaminister, die die österreichische Politik in der Europäischen Union koordiniert, neue und neu-alte Bundesministerien; und auch einen Reform der Reform der Bundesstaatlichkeit und hier spricht er sich für eine stärkere »Verbundländerisierung« (S. 200) aus. So sollte die Bundesländer ihre Finanzhoheit nutzen und sie bei Steuerfragen

in die politische Verantwortung gezogen werden. Nowotny will auch eine »rechtliche Grundlage für die Konferenz der Landeshauptleute« (S. 203) Im Gegensatz zum politisch bedeutungslosen Bundesrat sei die Konferenz der Landeshauptleute ein politisch übermächtiges, die Bundesstaatlichkeit absicherndes Gremium, das aber keine Grundlage in der Bundesverfassung habe.

Was unterscheidet eigentlich einen realistischen, manche würde auch sagen pragmatischen, Sozialdemokraten von einem realen Sozialisten? Das ist keine Frage an Radio Eriwan, sondern hat viel mit der Ideen- und Wirklichkeitsgeschichte, also dem Selbstverständnis linker Parteien zu tun. Der Untergang der DDR hatte die politische Klasse dieses Landes fassungslos zurückgelassen. Ein ehemaliger SED-Parteisekretär, gut geschult in den Voraussetzungen und der Zukunftsfähigkeit der DDR und des dortzulande praktizierten realen Sozialismus, antwortete auf die Frage, wer denn jetzt Schuld sei, sinngemäß so: »Ja, wir, die wir aufgewachsen sind an den Glauben und dem Wissen, dass alles immer vorwärts gehe, gehen muss, weil wir ja die Geschichte auf unserer Seite haben, konnten nicht mehr vernünftig denken. Wozu hätten wir auch denken sollen, es war doch alles geregelt. Der Sozialismus hat gesiegt, siegt und wird immer siegen. Eine andere Vorstellung gab es nicht. So sind wir also an uns selbst gescheitert.«

In seinem letzten Unterkapitel »Wende vor dem Abgrund. Für einen linken Populismus« fasst der Kreiskyaner Nowotny sein sozialdemokratisches Glaubensbekenntnis zusammen: »Die traditionellen Massenparteien haben sich jedoch einem nunmehr radikal veränderten gesellschaftlichen Umfeld anzupassen. Das gilt auch für die Sozialdemokratie. Versagen die traditionellen Massenparteien an dieser Aufgabe einer Anpassung an das Heute, dann bedroht das nicht bloß ihre Existenz, sondern die Demokratie an sich.« (S. 296) Zusammengefasst: Die Sozialdemokratie kann scheitern; damit sie es nicht tut, muss sie etwas tun.

Wenn ich es mir aussuchen kann, dann bin ich weniger für eine populistische Sozialdemokratie, doch für eine populäre. Dafür braucht es eben die richtige Menschen, die diese Popularität haben. Schauen wir in die Vergangenheit: War Kreisky ein Populist, war Kreisky populär? In der Gegenwart: Trump ist sicher ein Populist, aber populär über die eigene Klientel hinaus? Ist es ein abwegiger Wunsch des neu gewählten Bundespräsidenten, wenn er als ein Ziel seiner republikanischen Regentschaft nennt, er wolle von »schau, da geht der Bundespräsident« zu »schau, da geht unser Bundespräsident«?

Nowotny lässt keinen Zweifel daran aufkommen, dass er die österreichische Sozialdemokratie für überholungsbedürftig hält. Aber für überholt, für gescheitert? Nein, das denn doch nicht!

Wer also ein Buch zur Sozialdemokratie erstehen und lesen will, dass nicht überschäumend vor sozialdemokratischen Glücks- und Zukunftsversprechen ist, dafür aber klug, mit Augenmaß und, man traut sich das Wort ja kaum in den Mund zu nehmen, vernünftig argumentiert, warum es der politischen Welt nicht schadet, sondern – bei allen Fehlern – nützt, es immer wieder mit der Sozialdemokratie zu versuchen, oder um den alten Spruch aus Kreiskys Zeiten zu zitieren, einen Stück des Weges mit ihr zu gehen, der ist mit diesem Buch gut beraten. 🍷

MANFRED LANG

ist Mitarbeiter des Dr.Karl-Renner-Instituts
und Production Manager der ZUKUNFT.



Thomas Nowotny
Das Projekt Sozialdemokratie.
Gescheitert? Überholt? Zukunftsweisend?
Studienverlag,
Innsbruck-Wien-Bozen 2016,
311 Seiten,

Die Verteidigung des Buntten

Carolin Emcke wurde 2016 mit dem Friedenspreis des Deutschen Buchhandels ausgezeichnet. Sie seziert in ihrem Buch »Gegen den Hass« die Mechanismen des Hasses und die Rolle, die er gegenwärtig in der Politik spielt. Emcke analysiert den Hass am Beispiel rechtsextremer Wutbürger, islamistischer Fanatiker und transphober Diskriminierung – und vergisst dabei nie auf die Unterschiede zwischen ihnen. Eine Buchbesprechung von Fabian Steinschaden.

Am Anfang des Buches steht ein Staunen: Ein Staunen über den Hass, den Menschen anderen Menschen entgegenbringen, obwohl sie diese Menschen nicht kennen. Wie kann man jemanden hassen, von dem man nichts, aber auch gar nichts weiß? Wie kann man Menschen verachten, deren Namen man nicht kennt, über die man nichts weiß, ja, deren Heimatstädte man nicht einmal auf der Landkarte findet?

Emcke will zunächst nicht mehr als verstehen. In einer minutiösen Analyse der Vorfälle von Clausnitz, einem kleinen Ort in Sachsen, in dem sich im Februar 2016 Menschen einem Bus voll mit Flüchtlingen entgegenstellten und ihn stundenlang blockierten, will sie herausfinden, was da eigentlich passiert, wenn man hasst. Denn nur wer versteht, der kann auch intervenieren.

Wenn sich radikalisierte Wutbürger Flüchtlingskindern entgegenstellen und sie beschimpfen und bedrohen, dann kann die Ursache nicht im Verhalten letzterer liegen. Wer auf diese Weise hasst, bewertet nicht einfach andere Menschen und zieht daraus Schlüsse. Dieser Hass wird von etwas anderem ausgelöst, als von den Menschen, auf die er sich richtet.

»Der Hass richtet sich das Objekt des Hasses zurecht. Es wird passgenau gemacht.« Der Hass hat seine Gründe nicht in seinen Objekten, nicht in den Gehassten. Die Gehassten werden durch einen Filter wahrgenommen, sie werden zu Monstern gemacht und alles, was sie als Person ausmacht, wird ignoriert: ihre Individualität, ihr Charakter, ihre Persönlichkeit. Jeder dieser Menschen ist nur mehr und ausschließlich Vertreter seiner Gruppe: Flüchtling, Jude, Homosexuel-

ler, etc. Ohne diesen Mechanismus könnte man nicht hassen, zumindest nicht so exzessiv. Sobald man differenziert, sobald man Individuen in Gruppen ausmacht, verliert der Hass seine Hemmungslosigkeit.

Hass ist nicht einfach da, er ist weder selbstverständlich noch natürlich – er wird produziert und geformt. Die Filter, die die Wahrnehmung der Hassenden verzerren, werden von Facebook-Seiten, von rechten Parteien, von Verlagen oder von Video-Portalen erzeugt. Sie formen eine Wahrnehmungsweise der Welt, in der man sich in andere, in Fremde nicht mehr einfühlen kann. In der man keine Individuen mehr wahrnimmt.

DIE VIELFALT FEIERN

Der Hass brauche das Homogene, das Reine, das Natürliche: Gehasst würden all jene, die von diesen Idealen abweichen. Es sind die neuen Rechten und Rechtsextremen, die eine einheitliche, homogene Gesellschaft wollen, in der nicht das gemeinsame Handeln die Zugehörigkeit zu einer Nation bestimmt, sondern die Herkunft. Die Islamisten wollen eine pure (islamische) Gesellschaft. Die Gesellschaft müsse gereinigt werden, von allem, was nicht der Lehre entspricht. Und die Transphoben schwärmen von der Natürlichkeit der Geschlechter und sprechen allen, die die klar gezogenen Geschlechtergrenzen nicht akzeptieren, ihre Natürlichkeit ab. Wenn auch in unterschiedlicher Intensität und mit anderen Bildern und Metaphern, aber immer richtet sich der Hass gegen die Vielfalt, gegen die Pluralität. Verengte Wahrnehmungsmuster, eingeschränkte Meinungen, die Unfähigkeit zu akzeptieren, dass jemand anders ist – das sind die Grundlagen des gegenwärtigen Hasses.

Diese »Raster des Hasses« müssten ersetzt werden durch eine Anerkennung der Vielfalt. Verschiedenheit dürfe nicht nur geduldet werden, sie müsse selbstbewusst als Wert auftreten. Und man müsse zeigen, dass wir alle von ihr profitieren. Denn wenn man Menschen, die anders glauben, anders denken oder sich anders kleiden, begegnet, wird man stets daran erinnert, man selbst sein zu können. Je bunter die Welt, desto abgesicherter: Jeder Mensch hat das Recht, seinen Charakter zu entfalten, sein Leben so zu leben, wie er will. Das muss keine Abweichung von den vorherrschenden Lebensweisen sein – aber es kann eine sein.

FAZIT

Gegen den Hass zeigt auf eine detaillierte und differenzierte Art, wie politischer Hass funktioniert und worauf er abzielt. Schwächen hat das Buch jedoch dort, wo es darum geht, zu erklären, woher dieser Hass kommt, wo er seine Ursachen hat und wie man ihm begegnet.

Emcke deutet mehrmals an, dass Erfahrungen der Marginalisierung oder der fehlenden Repräsentation den Nährboden des Hasses bilden. Nur: Die Argumente werden nicht weiterverfolgt. Warum sich diese Erfahrungen in Formen des Hasses übersetzen, warum sie nicht andere Ausdrucksformen finden, darauf findet man im Buch zu wenig Antworten.

Der Schwerpunkt des Buches liegt auf der Beobachtung, »mit welchen rhetorischen Strategien, mit welchen Metaphern oder Bildern« der Hass operiert. Emcke möchte Bruchstellen in diesen Erzählungen und Bildern ausmachen, von denen aus man geschlossene Weltbilder aufbrechen und pluralisieren kann.

Das wird aber nur gelingen, wenn man auch die Ursachen des Hasses versteht. Was bringt der Hass den Hassenden? Warum hasst man vielleicht sogar gerne? Welche Rolle spielen soziale, welche politische Faktoren? Emcke erklärt, die Hassenden fühlten sich aufgewertet durch ihren Hass, sie hätten »ein höherer Status«. Aber wie dieser erzeugt wird, worauf er antwortet und reagiert, das fehlt. Und genau diese Ursachenforschung wäre so wichtig, wenn man den Hass seine Grundlage entziehen will. 



Carolin Emcke
Gegen den Hass.
S. Fischer

FABIAN STEINSCHADEN

unterrichtet Deutsch und Philosophie in Wien.

Bienen, Physik & die Erde



Piotr Socha
BIENEN

Aus dem Polnischen von Thomas Weiler. Mit zahlreichen Illustrationen. Willkommen im Reich der Bienen! Wer bei Bienen nur an Honig denkt, wird staunen! Denn wer hätte gewusst, dass es Bienen schon seit den Dinosauriern gibt? Was es mit dem Bientanz auf sich hat? Oder warum es ohne die Bienen weniger Äpfel gäbe? Ein wunderbar witziges Buch für große und kleine Bienenfreunde.

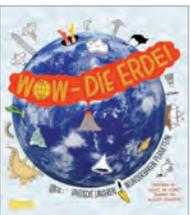
GERSTENBERG VERLAG, 80 Seiten, 24,95 EUR (ab 5 Jahre)



Ben Newman, Dominic Walliman
PROFESSOR ASTROKATZ

Aus dem Englischen von Silva Prahl. Warum ist der Himmel blau? Wie funktioniert ein Feuerwerk? Warum fällt ein Heißluftballon nicht herunter? In seinem zweiten Abenteuer nimmt uns der schlaue Professor Astrokatz mit auf eine spannende Reise in die Welt der Physik, gibt Antworten auf alltägliche Fragen und erklärt die Naturgesetze. Und das macht er lehrreich und vergnüglich zugleich.

NORDSÜD VERLAG, 72 Seiten, 22,99 Euro (ab 7 Jahre)



Marc ter Horst, Wendy Panders
WOW – DIE ERDE!

Marc ter Horst nimmt Kinder mit auf eine spannende Reise vom Erdkern bis zur obersten Schicht der Erdatmosphäre. Er erklärt, was Tintenfische hoch oben in den Bergen machen. Wieso die Erde im Sommer weiter von der Sonne entfernt ist als im Winter. Warum sich alle über die Klimaveränderung Sorgen machen. Begleitet werden die Texte von den Illustrationen Wendy Panders.

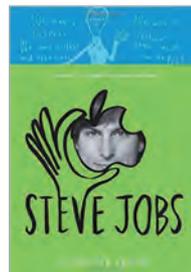
CARLSEN VERLAG, 116 Seiten, 16,99 Euro (ab 10 Jahre)



Lukas M. Hüller, Ann-Katrin Schade
KINDER, DAS SIND EURE RECHTE

Was ist eigentlich gerecht? Wie viel Taschengeld steht einem zu? Dürfen Eltern bestimmen, wie lang man aufbleiben darf? Warum müssen manche Kinder aus ihrer Heimat flüchten und andere können in Frieden leben? Um diese kleinen und großen Fragen dreht es sich in diesem Buch. Das Buch »fragt und beantwortet sehr geerdet, was Kinderrechte im wohlhabenden Europa bedeuten (...).«, so die *Süddeutsche Zeitung*.

THIENEMANN VERLAG, 112 Seiten, 14,99 Euro (ab 10 Jahre)



Jessie Hartland
STEVE JOBS

Guru, Visionär, Tyrann, Erfinder, Verkäufer, Apple-Gründer – es gibt viele Geschichten über Steve Jobs. Zusammen ergeben sie das Leben einer der einflussreichsten Persönlichkeiten unserer Zeit. Umwerfend gezeichnet, locker erzählt und trotzdem mit Tiefgang: Diese Graphic Novel ist das iPhone unter den Biographien. Alle anderen sind bloß Telefone!

FISCHER KJB, 240 Seiten, 16,99 Euro (ab 12 Jahre)

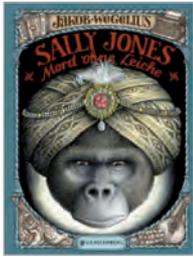


Alois Prinz
EIN LEBENDIGES FEUER

Mit zahlreichen Fotos. Ihre kurze Liebe mit dem Dichter Franz Kafka machte sie weltbekannt. Doch Milena Jesenská war mehr: Schon früh begehrt, Mittelpunkt der Prager Intellektuellenszene, wurde sie später eine engagierte politische Journalistin und schließlich Widerstandskämpferin im »Dritten Reich«. Die Prager Professorientochter Milena Jesenská (1896–1944) rang zeitlebens um Unabhängigkeit.

BELTZ UND GELBERG, 240 Seiten, 17,95 Euro (ab 14 Jahre)

Mord, Vierzehn & Männerballett



Jakob Wegelius

SALLY JONES – MORD
OHNE LEICHE

Aus dem Schwedischen von Gabriele Haefs. Lissabon um 1900: Bei einem Handgemenge im Hafen von Lissabon stürzt ein Mann ins Wasser. Seine Leiche wird nie gefunden. Doch der finnische

Seemann Henry Koskela wird des Mordes angeklagt und zu 25 Jahren Gefängnis verurteilt. Sally Jones will die Unschuld ihres Freundes beweisen und begibt sich deshalb auf eine abenteuerliche Reise um die halbe Welt.

GERSTENBERG VERLAG, 19,95 Euro (ab 9 Jahre)



Robert Klement

HALBMOND ÜBER RAKKA

Nicos frühere Freundin, Leila, ist von zu Hause abgehauen und in den Dschihad nach Syrien gezogen. Als Nico Nachforschungen anstellt, trifft er in einer Moschee Ahmed, einen Jugendlichen, mit dem er früher Fußball gespielt hat.

Ahmed und seine Freunde sind ihm sympathisch und er verbringt gerne Zeit in ihrer Gesellschaft. Nico gerät immer tiefer in das Netz der radikalen Islamisten.

JUNGBRUNNEN, 144 Seiten, 14,95 Euro (ab 13 Jahre)



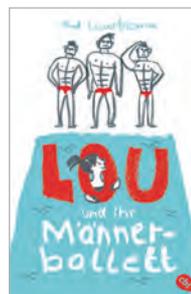
Patrick Ness

DAS MORGEN IST IMMER
SCHON JETZT

Aus dem Englischen von Petra Koob-Pawis. Was, wenn man NICHT einer der Auserwählten ist, wie sie immer in den Büchern beschrieben werden? Was, wenn man einer ist wie Mikey? Der einfach nur seinen Abschluss hinbekommen

möchte und zum Schulball gehen und vielleicht irgendwann den Mut aufbringen, Henna um ein Date zu bitten – bevor irgendjemand die Schule in Schutt und Asche legt.

CBJ VERLAG, 320 Seiten, 16,99 Euro (ab 12 Jahre)



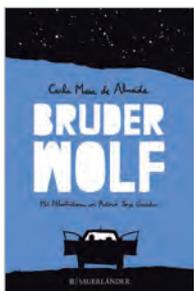
Nat Luurtsema

LOU UND IHR
MÄNNERBALLETT

Aus dem Englischen von Ute Mihr. Lou Brown: 15 Jahre, soziale Außenseiterin, altkluge Nervensäge, 1,78 cm und immer noch am Wachsen. Sie war eine der schnellsten Schwimmerinnen auf

dem Weg nach Olympia. Bis sie kurz vor dem Ziel glorios scheiterte. Jetzt trainiert Lou drei Burschen, die bisher immer zu cool waren, um mit ihr auch nur zu reden.

CBT VERLAG, 336 Seiten, 14,99 Euro (ab 14 Jahre)



Carla Maia de Almeida

BRUDER WOLF

Aus dem Portugiesischen von Claudia Stein. Mit Bildern des Illustrators Jorge António Goncalves. Wenn man fünfzehn ist, sind sieben Jahre fast das halbe Leben. So lange ist es her, dass Bolotas Kindheit jäh endete. Dass in jenem Sommer alles

außer Kontrolle geriet, warum und wie genau das passierte, weiß Bolota mit Sicherheit jedoch nicht. Ihre Erinnerungen sind Bruchstücke.

S. FISCHER, 176 Seiten, 14,99 Euro (ab 12 Jahre)



Tamara Bach

VIERZEHN

Der erste Schultag. Zwei Wochen vor den Sommerferien ist Beh krank geworden und konnte nicht mit den anderen in den Urlaub fahren. Als das neue Schuljahr anfängt, hat sie alle acht Wochen lang nicht gesehen. Viel ist passiert,

ihre Freundinnen haben neue Leute kennengelernt und Geschichten zu erzählen. Beh dagegen war nur zu Hause. Aber es war da mehr, von dem ihre Freundinnen nichts wissen.

CARLSEN VERLAG, 112 Seiten, 13,99 EUR (ab 14 Jahre)

1. McKinsey Global Institute, *Poorer than their parents? A new perspective on income inequality*. Report, July 2016.

It's Inequality, Stupid

Trump ist ein globales Phänomen, das eindrucksvoll zeigt, wie wenig man aus den Erfahrungen der 1930er-Jahre gelernt hat. Das politisch gefährliche Potential steigender Ungleichheit wurde verkannt. Man war nicht einmal bereit, symbolisch Zeichen der Umverteilung zu setzen. Etwa 70% der Haushalte der 25 wichtigsten Industriestaaten haben 2014 real weniger oder nur gleich viel verdient wie zehn Jahre zuvor. In den nächsten zehn Jahren werden es fast 80% der Haushalte sein, die stagnierende oder geringe Einkommen haben. Aber selbst mehr Wachstum würde daran wenig ändern, so der Befund des jüngsten McKinsey Reports¹, wenn dieses mit Automatisierung und Digitalisierung einherginge.

Die Produktivitätsgewinne wurden – bereits lange vor der Krise – fast ausschließlich in Richtung Finanz- und Realkapital verteilt. Nach einem historisch einzigartigen Sozialisierungsmanöver privater Verluste, das letztlich die politische Macht Richtung Gläubigerinteressen weiter verschoben hat, sind die Ärmern mehrfach belastet. Oft hoch verschuldet müssen sie aus sinkendem Nominaleinkommen Schulden abzahlen. Zudem sind sie mit steigenden Abgaben und Steuern und sinkenden öffentlichen Leistungen im Zuge der Budgetkonsolidierung konfrontiert. Viele haben ihre Jobs verloren oder müssen prekär arbeiten. Jene, die gut verdienen, haben Angst, ihnen könnte es genauso ergehen. Auch sie flüchten in die Arme der Trumps dieser Welt.

Nun versinken auch die USA, die wegen sinkender Arbeitslosenquoten und anhaltenden Wachstums gerne als positive Referenz herangezogen werden, wenn es darum geht, die ökonomische Malaise und das wirtschaftspolitische Versagen in Europa zu verdeutlichen, im Sumpf von Xenophobie, religiös motiviertem Hass und Frauenverachtung.

Manche Ökonomen beschwichtigen und legitimieren: ein durch fiskalische Expansion befeuerter Wirtschaftsaufschwung stünde bevor, der auch letztlich helfen könnte, Europa aus der Stagnation zu befreien. Programme zur Belebung der maroden Infrastruktur, Erhöhung der Rüstungsausgaben und gleichzei-

tige Steuersenkungen, insbesondere für Unternehmen, würden Investitionen und Konsum ankurbeln. Dies mag kurzfristig sicherlich der Fall sein, könnte jedoch mittelfristig mehr als aufgewogen werden durch die wachstumsdämpfenden Wirkungen einer verschärften Immigrationspolitik und einer protektionistischen Handelspolitik, die insbesondere dann zu erwarten ist, wenn im Zuge der wachstumsbedingten Aufwertung des US-Dollars das Leistungsbilanzdefizit stark steigt. Dazu kommen die langfristig negativen Wirkungen der angekündigten Deregulierung des Finanzsektors sowie die teilweise Rücknahme von »Obamacare«. Letzteres wird zur Folge haben, dass Haushalte ihren Konsum einschränken, um Ressourcen für eine teurere Versicherung am freien Markt verfügbar zu haben. Der Preis des Aufschwungs wird noch weiter steigende Ungleichheit und eine Stärkung des militär-industriellen und finanz-industriellen Komplexes (und sonstiger Komplexe) sein.

Die Große Depression der 1930er-Jahre versetzte den jungen Demokratien in Europa den Todesstoß. Ob und in welche Richtung die Demokratien in Europa und den USA umgebaut werden, ist noch unklar. Am treffendsten hat vermutlich Bertram Gross den möglichen Weg der USA in seinem im Jahr 1980 veröffentlichten Buch »Friendly Fascism: The New Face of Power in America« vorgezeichnet. Die nun überaus offen zur Schau getragene Verschmelzung von *Big Business* und dem Staatsapparat verleiht seinen Thesen Gültigkeit: Ein plutokratisch strukturierter Staat verspricht Wohlstand und Arbeit für alle Heimischen. Diese haben im Gegenzug hart erkämpfte zivile und politische Rechte aufzugeben. Nur ein radikaler Kurswechsel in der Wirtschaftspolitik in Europa kann verhindern, dass auch hier ähnliche Visionen verwirklicht werden.



IRENE MOZART

ist Wirtschaftsforscherin in Wien.



ZUKUNFT ABONNEMENT

Kupon ausschneiden
& einsenden an:

VA Verlag GmbH
Kaiser-Ebersdorferstraße 305/3
1110 Wien

Ich bestelle ein ZUKUNFT-Schnupperabo (3 Hefte) um 8,- Euro
 ein ZUKUNFT-Jahresabo (11 Hefte) um 44,- Euro

Name:

Straße:

Ort/PLZ:

Tel.:

E-Mail:

Unterschrift:



LICHT INS DUNKEL **ORF**

fördert jährlich rund 400 Sozial- und Behindertenprojekte in ganz Österreich und hilft mehr als 16.000 Kindern und über 5.000 Familien

A1 Spendentelefon
0800 664 24 12

lichtinsdunkel.ORF.at